



medico international

rund- schreiben 04/15

Flucht: Krise der Migrationspolitik
Kenia: In den Slums von Nairobi
Palästina: Bitterer Stillstand

KOMMENTAR	4
SYRIEN	8
FLUCHTHILFEBUS	12
MIGRATIONSPOLITIK	15
PROJEKTE – PROJEKTIONEN	18
KENIA	20
ISRAEL/PALÄSTINA	27
MITTELAMERIKA	30
ÄGYPTEN	35
STIFTUNG MEDICO INTERNATIONAL	38
MEDICO AKTIV	42
MEDICO MATERIALLISTE	44
SERVICE/IMPRESSUM	46

Liebe Leserinnen und Leser,

in Frankfurt gibt es ein Kunstwerk im Historischen Museum der Stadt, das nennt sich „Bibliothek der Alten“. Die Künstlerin Sigrid Sigurdsson hat dort ein kollektives Gedächtnis der Stadt geschaffen, ein Puzzle aus autobiografischen Notizen und Geschichten von Bürgerinnen und Bürgern der Stadt. Bei ausgewählten Terminen stellen Autoren ihre Texte vor. An einem Mittwoch im November waren es Kinder des Zweiten Weltkrieges. Sie sind heute die noch lebende Generation der Augenzeugen und prägen jetzt die Erinnerungskultur für die folgenden Generationen. Vor einem Auditorium aus 80 Leuten offenbarten die Autorin und die beiden Autoren ihre unsichtbaren Beschädigungen, die Krieg, Verfolgung, Vater- oder Elternlosigkeit bei ihnen hinterlassen haben. Nach all den Jahren drängt bei ihnen an diesem Abend ein gefährliches Gefühl, eine böse Geschichte, die noch erzählt werden muss, an die Oberfläche. Etwas, das sie bislang zum eigenen Überleben und Schutz mit großer Sorgfalt beschweigen mussten.

Über dem ganzen Abend schwebt dieser gebannte, unberechenbare Dämon und zwingt alle zu einem behutsamen Umgang mit sich und den anderen. Und darin ereignet sich etwas, was über den Abend hinausweist. Denn es ist nicht einer dieser biografischen Abende, an denen auch das Publikum aus dem Nähkästchen plaudert, sondern es vollzieht sich ein Akt der Anerkennung. Anerkennung für die diesem persönlichen Erleben innewohnende Wahrheit von Ausgeliefertsein und Schutzlosigkeit, die dann zu ertragen ist, wenn eben dieses erfolgt: die Anerkennung dieser Erfahrung durch ein Gegenüber.

Dass solche Formen des aufklärenden Erinnerns heute in Frankfurt und anderswo möglich sind, hat eine lange Vorgeschichte von Kämpfen um die politische und juristische Aufarbeitung der nationalsozialistischen Verbrechen. Erst vor diesem Hintergrund wird das Leid der Kriegskinder erzählbar, ohne einem Narrativ der Geschichtsklitterung anheimzufallen. Alle drei erzählen auch, wie sehr sie Kriegsbilder aus Jugoslawien oder dem Irak-Krieg bewegt haben und sie bisweilen traumatische Flashbacks erlebten. Die Flüchtenden aus Syrien und von anderswo sind ihnen und ihren Überlebensgeschichten sehr nah. Die Empathie und Solidarität, die heute an vielen Ecken in Deutschland den Flüchtenden entgegengebracht wird, hat auch hier ihre Wurzeln.

Wie kann sich aus dieser Solidarität ein politisches Momentum entwickeln, das ein perfides Ausgrenzungssystem verhindert? Ein System aus Grenzen, eigenen Bahnhöfen und am Ende gar eigenen Gleisen, in dem die Flüchtenden wegverwaltet und wieder unsichtbar werden? Wobei Unsichtbarkeit heute bedeutet, auf das nackte Leben, also auf die völlige Entrechtung, zurückgeworfen zu werden. Die Frage ist nicht beantwortet, und auch in diesem Heft können wir nur die Gefahr beschreiben. Vielleicht sollten wir von den Kriegskindern lernen, um dies auch heute in Politik zu übersetzen. Wir brauchen eine Anerkennung der Geflüchteten mit ihren Erfahrungen aus Krieg und Verfolgung. Das hieße, Rechte statt amtlich organisierte Unsicherheit und ein gesellschaftliches Klima, das diesen Erfahrungen und ihren Folgen das nötige Verständnis entgegen bringt.

Eines der Kriegskinder, das in der Bibliothek der Alten schrieb, war meine Mutter. Seit ihren Kriegserfahrungen schläft sie schlecht. Nach der Veranstaltung rief ich sie an und fragte sie besorgt, wie sie die Nacht verbracht habe. „Ich habe wunderbar geschlafen“, sagte sie mir. Das ist, was Anerkennung bewirken kann.

Mit freundlichen Grüßen,
Ihre Katja Maurer




Foto: Holger Friedemuth

Wo sich die Hoffnung auf ein besseres Leben an der Härte der Lebensverhältnisse bricht: Ein Junge in den Slums von Nairobi mit einem selbstgebastelten Rollschuh.

Die große Heraus- forderung



Es bedarf einer Vision, die das Andere wenigstens in seinen grundlegenden Prinzipien aufscheinen lässt. Und manchmal sind es Krisen, die die Augen öffnen

Von Thomas Gebauer

Flüchtlinge, die an europäischen Bahnhöfen stranden; eilig hochgezogene Stacheldrahtzäune; Menschengruppen, die zu Fuß über Autobahnen ziehen; und nun auch noch der Terror gegen Menschen an öffentlichen Orten in Paris: Was hierzulande wie ein Ausnahmezustand erscheint, ist für einen Großteil der Weltbevölkerung längst bittere Normalität. Neu ist, dass die Schrecken der Welt, denen die Flüchtlinge zu entkommen versuchen, mehr und mehr auch hier spürbar werden. Wir bekommen nun eine Ahnung davon, wie sehr die Welt bereits aus den Fugen geraten ist. Zur drohenden ökologischen Katastrophe gesellen sich nun auch noch die prekären Folgen einer wachsenden sozialen Verunsicherung, die Menschen dort in die Flucht und hier in die Hände von Extremisten treibt.

Die voranschreitende Zerstörung von Lebensbedingungen, der Hass und die Gewalt aber fallen nicht vom Himmel. Sie sind das Ergebnis einer Politik, die die Interessen der Ökonomie über

die der Menschen gestellt und so den Ausschluss von großen Teilen der Weltbevölkerung bewusst in Kauf genommen hat. Der katastrophale Fortschritt, den der mächtige Norden in alle Welt exportiert hat, kehrt nun heim.

Die Flüchtlinge, die heute zu uns kommen, erzählen nicht nur vom Elend, das in der Welt herrscht, sondern auch davon, wie nahe Zivilisation und Barbarei zusammenliegen. Sie erzählen davon, wie groß das Risiko geworden ist, plötzlich alles verlieren zu können und auf ein „nacktes Leben“ in völliger Recht- und Schutzlosigkeit zurückgeworfen zu werden.

In der Begegnung mit den Flüchtlingen, aber auch mit Blick auf die im eignen Lande eskalierende Gewalt, wird das erfahrbar, was informierte Menschen vielleicht irgendwie gewusst hatten, aber nicht mit ihrem eigenen Leben in Zusammenhang bringen konnten: dass mit der globalen Entfesselung des Kapitalismus die Welt zu einem höchst unsicheren Ort geworden ist.



Angst und Rechtspopulismus

Die Befürchtung, womöglich selbst schon bald zu den Verlierern zählen zu können, erzeugt Angst; Angst, die sich heute nicht zuletzt rechtspopulistische Bewegungen zunutze machen. Überall in Europa sind Parteien auf dem Vormarsch, die auf infame Weise das Unbehagen, das sich mit der neoliberalen Aufkündigung solidarisch verfasster Gesellschaftlichkeit breit gemacht hat, missbrauchen. Mit dumpfer Hetze gegen Flüchtlinge, Medien und Europa bedienen sie die Sehnsucht nach einer Vergangenheit, in der angeblich noch Ordnung und Stabilität herrschte sowie Politik noch national bestimmt wurde. Sie suggerieren, was einer wachsenden Zahl von Menschen heute verweigert wird: gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung. So absurd es klingt: es sind die gleichen regressiven Prozesse, die hier Pegida und dort den Dschihad antreiben.

Vor diesem Hintergrund gewinnt das kaum für möglich gehaltene Ausmaß an solidarischem Miteinander, das offenherzige Menschen hierzulande mit den ankommenden Flüchtlingen verbunden hat, eine eminent wichtige politische Bedeutung. Getragen von Mitgefühl und Hilfsbereitschaft ist es gelungen, ein authentisches Zeichen gegen Rassismus und Gewalt zu setzen und zugleich deutlich zu machen, dass Globalisierung keine Einbahnstraße sein darf. Anerkennung und weltweite Bewegungsfreiheit, wie wir sie für uns in Anspruch neh-

men, müssen auch für die Menschen im globalen Süden gelten.

Globalisierung und Migration sind die zwei Seiten einer Medaille. Zu akzeptieren, dass die Begegnung mit fremden Kulturen auch die Chance auf die Herausbildung neuer weltgesellschaftlicher Verhältnisse bedeutet, stellt wohl die größte Herausforderung dar, der sich Nationalstaaten heute stellen müssen. Damit ist eine Aufgabe benannt, die bedeutender nicht sein kann. Eine Aufgabe, zu der es nur die Alternative des Rückfalls in einen von Feindbildern und Gewalt getragenen Nationalismus gibt. Wie brisant die Auseinandersetzung um die Zukunft heute ist, zeigt die Zerrissenheit der hiesigen Öffentlichkeit: dem Drängen auf Weltoffenheit steht nahezu unversöhnlich ein Druck zur Abschottung gegenüber.

Auch in Talkshows und unter gewählten Politikern ist zuletzt der Ruf lauter geworden, dass die universellen Menschenrechte jetzt dem Bemühen um die eigene Sicherheit hintangestellt werden müssten. So verständlich das Bedürfnis nach Sicherheit ist, so wenig lässt sich Sicherheit dauerhaft auf Kosten anderer herstellen. Der Gerechtigkeit Frucht wird der Frieden sein, wussten schon die Propheten im Alten Testament zu sagen. Nur das Beharren auf den universellen Menschenrechten erzwingt eine Politik des Ausgleichs, in dessen Folge auch Frieden möglich ist.



Um der herrschenden Krisendynamik zu begegnen, reicht es heute nicht mehr aus, nur die Möglichkeit einer anderen Welt zu behaupten. Es bedarf einer Vision, die das Andere wenigstens in seinen grundlegenden Prinzipien aufscheinen lässt. Und manchmal sind es Krisen, die die Augen öffnen.

Vision des Anderen

Beispielsweise schärft die Frage, wie für die Flüchtlinge, die nun zu uns kommen, Wohnraum geschaffen werden kann, auch die Kritik an der herrschenden Wirtschaftspolitik. Deutlich wird, wie falsch es gewesen ist, das öffentliche Anliegen Wohnen immer mehr der Privatwirtschaft zu überlassen. Von den 6 Mio. Sozialwohnungen, die es einmal in Deutschland gegeben hat, existieren gerade noch 1,4 Mio. Unter solchen Umständen besteht allerdings Anlass zur Sorge, dass demnächst Flüchtlinge gegen sozial Schwache, die sich die steigenden Mieten eigentlich schon lange nicht mehr leisten konnten, in einem neuen Häuserkampf gegeneinander ausgespielt werden. Ohne die Wiederentdeckung von Wohnen als Gemeingut, ohne eine massive Wiederbelebung des sozialen Wohnungsbaus, wird es keine Lösung geben.

Das Gemeingut Wohnen steht dabei nur exemplarisch für jene so dringend notwendige soziale Infrastruktur, die allen Menschen an allen

Orten der Welt den Zugang zu einer adäquaten Daseinsvorsorge ermöglicht.

Nur so ist dem doppelten Recht, dem Recht zu bleiben und dem Recht zu gehen, zum Durchbruch zu verhelfen. Es liegt auf der Hand, dass beide Rechte nur miteinander zu verwirklichen sind. Nur dort, wo ein würdevolles Leben möglich ist, wo niemand mehr aufgrund von Krieg und der Zerstörung von Lebensgrundlagen zur Flucht gezwungen wird, ist auch das Recht auf Freizügigkeit vollkommen.

Dauerhafter Frieden, das betonte schon Immanuel Kant, wird nur unter solchen Umständen gelingen. Seine Forderung nach einem Weltbürgerrecht ist so aktuell wie nie zuvor. Ausschlaggebend für Kant war die Idee einer allgemeinen Hospitalität, einem gegenseitigen Besuchsrecht. Jeder Mensch solle das Recht haben, bei der Ankunft auf dem Boden des anderen nicht feindselig behandelt zu werden.



Nicht ganz geht

A photograph showing the aftermath of destruction in Kobane, Syria. The scene is dominated by a large, dark, and heavily damaged building with a partially collapsed roof. The ground is covered in a thick layer of debris, including twisted metal, broken wood, and various pieces of trash. In the foreground, the arm and hand of a person wearing a green jacket are visible, reaching out towards the viewer. The overall atmosphere is one of desolation and the human impact of conflict.

Wenn es eine Zukunft gibt, kehren die Menschen auch zurück. Das kurdische Kobane im März 2015.

Syrien



Was es heißt, in einem Land zu bleiben, dessen Zukunft im Krieg zu verglühen droht. Vier Beispiele der medico-Hilfe

Von Martin Glasenapp

Überleben der Eingeschlossenen:
Yarmouk, Damaskus

Als die Terrormiliz des „Islamischen Staates“ im April 2015 im palästinensischen Viertel Yarmouk auftauchte, reagierte die Welt geschockt. „Im syrischen Horror“, so der UN-Generalsekretär, sei das aus einem Flüchtlingslager entstandene Wohngebiet „die tiefste Hölle“. Sechs Monate später ist die Lage nicht besser geworden, nur spricht niemand mehr darüber. In Yarmouk, in dem zwischenzeitlich über 200.000 Menschen lebten, wohnen noch rund 10.000 Personen: all jene, die entweder zu arm zur Flucht waren – viele Frauen, Alte und Kinder – oder deren Leben jenseits ihres Viertels von bewaffneten Milizen jedweder Couleur bedroht ist. Es gibt kaum Wasser, wenig Nahrung, im September brach Typhus aus. Im Lager patrouillieren islamistische Kämpfer, in den angrenzenden Vierteln regieren der IS oder Scharfschützen der syrischen Armee. Es gibt quasi kein Entkommen mehr. Also muss die Hilfe hineingelangen.

Im September und Oktober konnte medico mit seinem lokalen Partner Al Jafra und mit finanzieller Unterstützung des Auswärtigen Amtes 2.000 Nahrungsmittelkartons und Hygienepakete zu den Eingeschlossenen bringen. Auch wenn die Hilfslieferung per LKW gerade mal 20 Minuten dauert, gleicht die Fahrt einer Odyssee durch den Mikrokosmos der syrischen Bürgerkriegswelten. Yarmouk liegt im südlichen Damaskus im inneren Stadtring. Der LKW muss

bis zum Eingang von Yarmouk acht verschiedene Checkpoints diverser syrischer Geheimdienste passieren. Hinter dem letzten Kontrollpunkt beginnt ein Niemandland, das von den letzten palästinensischen Gruppen – einige sind regierungsnah, andere oppositionell – und versprengten FSA-Einheiten gehalten wird. Hier liegt das Lebensmitteldepot des medico-Partners. Die Anwohnerinnen müssen zu Fuß ihre Pakete abholen und sie die wenigen Hundert Meter nach Yarmouk tragen. Es ist nicht ratsam, dass dies junge Männer machen. Sie könnten verhaftet werden. Immer wieder wird hier scharf geschossen. Im Nachbarviertel Tadmon regieren islamistische Milizen, die im Krieg mit den FSA-Kämpfern liegen. Die wiederum sind im Krieg mit der Armee. Nach jeder Schießerei wird die Kontrolle verschärft, die Hilfe verknappt. Zuletzt durften die Anwohnerinnen nur jeweils ein Kilo ins Lager tragen. Ein medico-Paket wiegt mehr als 25 Kilogramm. Das heißt unzählige Male hin und her, wieder Gefahr, wieder Erniedrigung.

Die syrische Armee monierte zuletzt, dass die Konserven zu lange haltbar wären. Um das Instrument Hungerblockade nicht aus der Hand zu geben, möchte das Regime, dass nur verderbliche Nahrungsmittel ins Lager gelangen. Bei der letzten völligen Abriegelung starben über 100 palästinensische Bewohner an Auszehrung. Durch die Hilfe von Al Jafra sind jetzt die Schwarzmarktpreise für Lebensmittel im Lager gefallen. Die Aktivisten des medico-Partners stehen durch ihr Engagement mit einem Bein

im Grab. Mal wird einer von ihnen erschossen, mal verhaftet, nach anderen fahnden der syrische Geheimdienst oder die Häscher des IS.

Durchhalten im Keller: Die Schule von Erbin

Erbin liegt im vorstädtischen Ghouta, östlich von Damaskus. Seit Beginn des syrischen Aufstandes ist die Stadt ein Ort der Opposition – mit allen schrecklichen Konsequenzen. Am 21. August 2013 wurde Ghouta mit mehreren Siringaraketen angegriffen, über 1.000 Menschen starben den Giftgastod. Seitdem unterliegt die Bevölkerung nicht nur einer permanenten Belagerung durch die syrische Armee, sondern wird durch die Verwilderung diverser bewaffneter Oppositionsgruppen doppelt bestraft. Weil die Zufahrtsstraßen blockiert sind, kämpfen die Milizen auch untereinander um die Kontrolle der Schmugglertunnel, über die Nahrungsmittel und Güter des täglichen Bedarfs nach Erbin kommen können. Ein Brot kostet in Erbin 14 mal so viel wie in Damaskus. Zudem hat die Armee im Zuge ihrer jüngsten Offensive mit russischer Luftunterstützung begonnen, die Gegend anzugreifen.

Auch deshalb findet der Schulunterricht für viele Kinder der Stadt in speziellen Kellerbunkern statt. medico unterstützt die lokalen Bürgerkomitees dabei, einen Lehrbetrieb im Schichtbetrieb aufrechtzuerhalten – mit Erfolg. 2.350 Schülerinnen und Schüler konnten in diesem Jahr die Schule besuchen, sie lernten Mathematik, Naturwissenschaften, Geschichte, Geographie, Musik und Fremdsprachen, es gab sogar Sportunterricht. Gefahr droht nicht nur von Fliegerbomben, sondern auch durch das örtliche Scharia-Gericht einer radikalislamischen Miliz. Die religiösen Eiferer wollen keine offene Schule, in der Kinder etwas über die Welt lernen, sondern fordern Koran-Unterricht ausschließ-

lich für Jungen. Das von medico unterstützte Schulkomitee wurde mehrmals verhaftet und unter religiöse Anklage gestellt. Aber die Schule ist in der Bevölkerung zu beliebt, so dass alle Verhaftungen bislang glimpflich ausgingen. Das Komitee geht von einem Kampf auf Dauer aus, denn „der politische Islam wird zivile Aktivisten niemals in Ruhe arbeiten lassen“, wie sie medico schrieben.

Ein großes Problem sind nicht nur fehlende Stifte und Hefte sowie die Gehälter für die 180 Lehrenden, sondern auch die hohen Brennstoffpreise für die Stromerzeugung. Denn ohne Generator ist die Belüftung der Keller unmöglich. Weil reines Benzin kaum noch erhältlich ist, wird aus geschmolzenem Plastik minderwertiger Ersatzdiesel gekocht. Es gibt aber keine andere Wahl, denn der Unterricht ist alles, was die Kinder in Erbin noch haben. Einige haben so gute Abschlüsse gemacht, dass sie über das Internet ein Fernstudium begannen. Solange der Strom reicht.

Weitermachen, trotz alledem: Die Müllkomitees von Daraa

Nein, er werde nicht gehen, versichert uns Muhammad via Skype: „Ich verstehe alle, die fliehen, aber wenn wir es auch tun, dann haben Assad und die Radikalen gewonnen.“ Der 33-jährige Aktivist betreut die Kampagne „Gemeinsam – damit unsere Stadt schöner wird“ in der Stadt Jassem im Großraum Daraa. Was wie blanker Eskapismus in Kriegszeiten klingt, ist für das Civil Society Center der Stadt eine hochpolitische Angelegenheit. Sie nennen es ihre „zweite Revolution“. Denn das im Süden gelegene Daraa ist eine besondere Region. Hier begann alles im Frühjahr 2011, hier fanden die ersten Demonstrationen statt und hier existiert noch immer vieles, was die syrische Erhebung am Anfang so hoffnungsvoll machte: Lokale

Komitees, bürgerschaftliches Engagement, lokale Zeitungsprojekte. „Wenn wir unsere Stadt säubern und Bäume pflanzen“, so Muhammad, „fördern wir den Gemeinschaftssinn und zeigen, dass wir unsere Stadt selbst verwalten können.“

Jassem hat heute fast 70.000 Einwohner. Die zivilen Aktivisten haben hier bislang Glück mit den oppositionellen Milizen. Darunter gibt es nur wenige radikalislamische Kämpfer und per Vertrag halten sich die militärischen Gruppen aus der Verwaltung des täglichen Lebens heraus. Dennoch ist der Krieg nicht nur durch sporadische Bombardierungen gegenwärtig. Die Preise für nahezu alle Güter des täglichen Bedarfs steigen, die staatliche Müllabfuhr existiert nicht mehr. Es gibt nur noch zwei schlecht ausgestattete Krankenhäuser, die vormals ausgebrochene Leishmaniose ist wieder ausgebrochen. medico stellte dem lokalen Bürgerkomitee eine Blutbank zur Verfügung und unterstützt die Müllkampagne in der Region. Das alles geschieht betont lautlos. Muhammad erklärt uns, warum sie bewusst keine professionellen Filmaufnahmen ihrer Müllbeutelverteilung und Straßenreinigung machen: „Wenn wir mit Kameras unsere Aktion begleiten, denken Leute schnell, dass wir den Müll nur deshalb wegräumen, weil wir Geld aus dem Ausland bekommen.“ Im fünften Jahr des Krieges müssen die zivilen Komitees auch um eine neue Akzeptanz ringen: „Viele Leute stellen uns an den Pranger und sagen: ‚Wenn es euch nicht gäbe, dann wäre das alles nicht passiert.‘“

Wiederaufbauen: Eine Gesundheitsstation in Kobane

Während aus anderen Regionen in Syrien die Menschen fliehen, kehren kurdische Flüchtlinge weiterhin in die Hoffnungsstadt Kobane im nordsyrischen Rojava zurück. Jede Woche sind es rund 1.000, die von jenseits der türkischen

Grenze kommen. 80 Prozent der Stadt wurde im Kampf gegen den IS zerstört. Die Stadtverwaltung hat mit den Aufbauarbeiten begonnen. So konnte mit etwa 100.000 LKW-Fahrten der größte Trümmerschutt abgetragen werden. Mittlerweile leben wieder 170.000 Menschen in Kobane und es gibt eine partielle Stromversorgung durch Dieselgeneratoren. Weiterhin fehlen aber schwereres Gerät und Materialien, um etwa die Wasserleitungen zu reparieren. Die Türkei öffnet nur zweimal in der Woche die Grenze. Auch ausländische Hilfsorganisationen bekommen allenfalls kurzzeitige Einreisegenehmigungen. Hieran zeigt sich, wie feindlich die türkische Regierung einem autonomen und selbstverwalteten kurdischen Gürtel entlang ihrer Südgrenze gegenübersteht.

In Kobane werden jetzt die Straßen mit 50.000 Tonnen Schotter winterfest gemacht, damit auch in der Regenzeit die ländlichen Gebiete schnell und sicher erreicht werden können. Eine gute Straße kann lebensrettend sein. Denn die zurückkehrende Landbevölkerung in den rund 450 Dörfern und Weilern der Region Kobane ist weiterhin von zahlreichen Landminen und versteckten Sprengfallen bedroht, die der IS dort zurückgelassen hat. medico begleitet das kurdische Experiment in Syrien seit seinem Beginn. Zuletzt ermöglichten wir eine städtische Gesundheitsstation mit einem speziellen Mutter-Kind-Bereich. Denn der Krieg zerstörte auch alle Krankenhäuser und ohne Gesundheit ist aller Neuanfang zwecklos. Nicht nur in Kobane.

Die Menschen in Syrien brauchen unseren Beistand. Mehr denn je. Für alle, die bleiben wollen oder nicht gehen können, muss es Möglichkeiten des Überlebens und Chancen auf eine bessere Zukunft geben. Deswegen helfen wir dort.

Spendenstichwort: Syrien

Unterwegs auf dem Balkan

Europäische Grenzverläufe. Beobachtungen auf den Routen der Migration

Von Marc Speer

Bereits seit Anfang 2015 waren die mal größeren, mal kleineren Flüchtlingsgruppen rund um die beiden Bahnhöfe in Budapest, wo ich seit einiger Zeit lebe, kaum zu übersehen. Alle hier Wartenden – die Bilder davon gingen im August um die Welt – hatten den selben Weg hinter sich. Bevor sie in einem ungarischen Lager landeten, hatten die meisten bereits Hunderte Kilometer lange Fußmärsche auf der sogenannten Balkanroute hinter sich gebracht, die auf den griechischen Inseln beginnt und über Mazedonien und Serbien in die EU führt.

Damals wurde ich Zeuge einer humanitären Katastrophe, wie ich sie in Europa und erst recht in einer Hauptstadt für unmöglich gehalten hätte. Tausende Menschen campierten am Bahnhof, manche hatten nicht mal eine Decke. Ehrenamtliche leisteten unermüdlich Hilfe, viele Menschen brachten private Spenden. Schon damals fiel mir auf, dass die staatliche Hilfe den Bahnhof und die Flüchtlinge nahezu vollständig ignorierte. Noch nicht einmal ein Krankenwagen der öffentlichen Hospitäler von Budapest war im Einsatz. Ein verstörendes Bild: Im Zentrum einer europäischen Hauptstadt verhindern nur Freiwillige den Tod von Flüchtlingen. Aber das Elend war immer nur die eine Seite. Denn der Misere zum Trotz gab es unter den Flüchtlingen eine große Entschlossenheit, sich nicht mit ihrem „Schicksal“ abzufinden. Und dies mit Erfolg. Die



Sommer der Migration: Von Syrien nach Wien.

Bilder des Marsches von Budapest nach Wien gingen um die Welt und führten schlussendlich sogar dazu, dass Angela Merkel in Absprache mit Österreich die Grenzen öffnete oder vielmehr öffnen musste.

Das war der Sommer der Migration. Damals war es noch warm, jetzt ist es im doppelten Sinne kälter geworden. Es begann die Saison der Zäune. Ungarn hat mittlerweile nicht nur seine Grenze zu Serbien, sondern auch zu Kroatien eingezäunt. Die neuen drakonischen Anti-

Flüchtlings-Gesetze haben zur Folge, dass nahezu niemand mehr nach bzw. durch Ungarn reist. Andere Routen werden genutzt. Etwa über Slowenien. Aber auch hier haben die dramatische Szenen des Notstands begonnen. Etwa Ende Oktober, als das österreichische Militär den Grenzübergang zu Slowenien blockierte, was zur Folge hatte, dass Familien an einem Bauzaun fast erdrückt wurden.

Ende Oktober war ich an der österreichisch-slowenischen Grenze. Auf beiden Seiten der Grenze wurden in kürzester Zeit Camps aufgebaut. Dazwischen ein Korridor, eine Art Niemandsland, für den wohl nur das Wort „apokalyptisch“ zutreffend ist. Ein äußerst kooperativer slowenischer Soldat erlaubte uns ohne größere Diskussionen den Korridor zu betreten, nachdem wir ihm unsere mitgebrachten Rettungsdecken zeigten und erklärten, diese verteilen zu wollen. Dass hierfür dringender Bedarf bestand, war wohl auch ihm klar. Dies galt allerdings nicht für die österreichischen (Militär-) Polizisten, die – wir hatten sie aufgrund der dramatischen Szenerie um uns herum nicht kommen sehen – auf einmal neben uns standen. Auf ziemlich unfreundliche Art und Weise wurden wir von diesen über den österreichischen Zugang wieder hinaus eskortiert. Im Flutlicht vorbei an den Wartenden, die wohl nichts lieber getan hätten, als uns einfach zu folgen. Warum die österreichische Polizei ein Problem mit der Verteilung von Rettungsdecken an frierende Menschen hat, wurde uns nicht erklärt. Wenig später haben wir unsere Rettungsdecken dann einfach über den Zaun gereicht und sind dabei mit einem syrischen Familienvater ins Gespräch gekommen, der uns seine missliche Lage erläuterte: Mit seinem Baby, das kurz zuvor noch in einem Krankenhaus behandelt worden war, konnte er es nicht riskieren, sich über Stunden hinweg nach vorne durchzudrängeln, gleichzeitig war ihm auch der Weg zurück in die beheizten slowenischen Zelte versperrt. Denn wer einmal im Kor-

ridor ist, darf nicht mehr zurück. Paradoxe Weise sind es also gerade jene Personen, die besonders verletzlich sind, die lange und ohne jegliche Unterstützung vor dem Eingang zum österreichischen Camp frieren müssen.

Tatsächlich spielen sich in diesen Tagen auf der Balkanroute nicht nur existenzielle Dramen einer historischen Fluchtbewegung ab, sondern hier konstituieren sich an jedem neuen Zaun, in jeder neuen Maßnahme der Flüchtlingsabwehr auch die Umriss eines zukünftigen Europa. Wir lernen hier jeden Tag etwas dazu, vor allem wenn wir in Zusammenarbeit mit lokalen Netzwerken versuchen dort zu sein, wo es gerade besonders notwendig ist. Mit einem Bus bieten wir Strom für die neuen Kompass der Migration an, die lebensnotwendigen Smartphones, mit denen die Flüchtenden untereinander kommunizieren. Vielen ist ein voller Akku wichtiger als eine warme Suppe. Deswegen haben wir auch einen Live Feed eingerichtet, eine Webseite, die stetig die aktuellsten Infos zur Flucht bereitstellt. Denn schneller als die Flüchtenden ist niemand.

Marc Speer arbeitet für die Initiative bordermonitoring.eu in Budapest.

„Moving Europe“ heißt das Kooperationsprojekt von medico mit dem transnationalen Netzwerk Welcome to Europe, der Forschungsgesellschaft Flucht und Migration und bordermonitoring.eu. Der Moving-Europe-Bus versorgt seit Oktober Flüchtlinge auf der Balkanroute mit Strom für Mobiltelefone, Internet und Infos für eine sichere Reise. Zusätzlich werden auf einer Webseite Hinweise für die Weiterreise bereitgestellt, die in Kooperation mit den Flüchtlingen selbst erstellt werden.

Spendenstichwort: Flüchtlingshilfe

Seismograph der Demokratie

Warum die „Flüchtlingskrise“ eine Krise der europäischen Migrationspolitik ist



Es fliehen ganze Familien. Syrische Flüchtlinge in Slowenien.

Von Manuela Bojadžijev

Ein Missverständnis dominierte die letzten Monate, in denen einmal mehr Migration zu dem Thema gesellschaftlicher Selbstverständigung wurde. Es besteht darin, dass wir bei Einwanderung und Flucht von einer Ausnahme sprechen, dass wir uns entsprechend Migranten am Rande der Gesellschaft, zumindest als segregiert vom Mehrheitsteil der Gesellschaft vorstellen und es führt dazu, dass in Bezug auf Migration gefährlich oft von Krise die Rede ist.

Das Gegenteil ist richtig: Migration als Passepartout von Gesellschaft zu verstehen – und zwar im wörtlichen Sinne eines gesellschaftlichen Phänomens, das überall hindurchgeht

und welches uns alle betrifft – erlaubt uns die imprägnierende Wirkung, die Migration auf Gesellschaft hat, zu verstehen. Ein Passepartout kann auch als Schlüssel gedacht werden, in diesem Fall, zum besseren Verständnis unserer eigenen Gesellschaft. Denn wenn wir über Migration sprechen, dann sprechen wir nicht nur über die, die von woanders dazukommen, oder über die – es gibt ja das Wort – Marginalisierten, die wir metaphorisch und praktisch an den Rand stellen. Wir sprechen in erster Linie über uns. Wir sprechen über die politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Bedingungen unseres Zusammenlebens und letztlich darüber, wie demokratisch wir sein wollen.

Die Krise, von der im Hinblick auf die Flüchtenden die Rede ist, suggeriert, sie ließe sich nur durch Governance und „vertikale Lösungen“ wieder in den Griff bekommen. Die Krise ist aber keine „Flüchtlingskrise“, sondern sowohl eine nationale wie europäische Krise der Migrationspolitik. Die komplexen logistischen Schwierigkeiten, ob an den Grenzen oder in den Kommunen, sind Ergebnis einer Vogel-Strauß-Politik. Erstens verweist sie auf das Desaster in der internationalen Politik: der Krieg in Syrien wird aller Voraussicht nach ebenso andauern wie die katastrophalen Situationen im Irak und in Afghanistan, kriegerische Auseinandersetzungen in der Türkei treten hinzu. Insgesamt verschärfen sich die Migrationsursachen und dagegen wird eine defensive Verwaltung der Ursachen und Effekte gesetzt.

Zugleich und zweitens sind bereits jetzt Teile der Europäischen Verfassung ausgesetzt. Das betrifft nicht nur den Dublin-Prozess. Der fleißige Ausbau von Zäunen an Schengen- und EU-Außengrenzen erschüttert die Errungenschaft der Freizügigkeit innerhalb der EU.

Drittens zeichnet sich ab, dass die Legitimation politisch-staatlicher Repräsentation in Sachen Migration in Frage steht. Nicht nur durch die aktuelle Wanderungsbewegung der Staatenlosen quer durch Europa, sondern auch durch die beeindruckende gesellschaftliche Solidarität, die enorme Ressourcen bereitstellt, um Wanderung und Ankunft der Flüchtenden zu ermöglichen.

Schließlich und viertens zeichnete sich die jetzige Situation schon seit Monaten ab (erinnern wir uns an die Vorkommnisse in Calais an der Grenze zwischen Frankreich und Großbritannien, auf der griechischen Insel Kos sowie an die 2.800 Menschen, die in diesem Jahr im südlichen Mittelmeer gestorben sind). Die bereits in den 1970er Jahren in ganz Nordwesteuropa einset-

zende Abschottungspolitik hat zwar eine diskursive und materiell-militärische Tatsache produziert, die Bewegungen der Migration hat sie nicht aufhalten können. Die finanziellen und menschlichen Kosten dafür aber waren und bleiben weiterhin enorm, Milliardenausgaben für militärische Grenzabschottung und illegale Fluchthilfe stehen Tausende Tote gegenüber. Der zentrale Widerspruch zwischen dem Recht auf Asyl und der Festung Europa spitzt sich weiter zu. Wenn Abschottung aber „kein Modell für das 21. Jahrhundert“ mehr ist, wie die deutsche Kanzlerin Angela Merkel sagte, dann müssen wir uns fragen: In welchem Verhältnis steht ein solcher Satz zur aktuell umgesetzten beispiellosen Verschärfung des Asylgesetzes?

Es gibt keinen Status des Migranten in Europa

Parallelen zur aktuellen Situation finden sich in den Flüchtlingsbewegungen der 1990er Jahre aus den Ländern des westlichen Balkans. Im Zuge des Kriegs, der zum Ende Jugoslawiens führte, verloren Menschen ihre Bürgerrechte, weil man sie einer „ethnischen“ Bevölkerungs- bzw. Glaubensgruppe zurechnete, enormer gesellschaftlicher Reichtum wurde enteignet und privatisiert, Millionen von Menschen vertrieben, so dass bis noch vor zehn Jahren das Flüchtlingsaufkommen auf dem Balkan zum größten auf der Welt gehörte.

Die Menschen damals bauten Fluchthilferouten auf. Das ist der historische Ursprung der „Balkanroute“. Wie die Menschen, die heute aus Syrien auf diesen ausgetretenen Pfaden hierherkommen, migrierten sie aus einem Land mit einer säkularen, multireligiösen und multikulturellen Tradition sowie einem ausgesprochen guten Bildungssystem. Sie flohen zu großen Teilen nach Deutschland, Schweden und Österreich – nicht unähnlich der heutigen Situation. Nur wur-

den sie weder willkommen geheißen, noch wurde ihnen viel Hilfe zuteil. Viele behielten den Status der Duldung und mussten ihn auf ihre in Deutschland geborenen Kinder übertragen – man nennt sie heute in administrativem Deutsch „Härtefälle“.

Das sind die historischen Hintergründe – ebenso wie die bis heute anhaltende politische und ökonomische Misere in der Region mitten in Europa, die die Leute dazu bringt, bis heute hierher zu kommen. Als Gründe für ihr Kommen geben sie die Hoffnung auf Arbeit, ein besseres Leben und mehr Bildungschancen für ihre Kinder an. Wir müssen uns also fragen: Sind die damals Flüchtenden vom Balkan die heute Flüchtenden aus Syrien? Und werden die heute Flüchtenden vom Balkan die morgen Flüchtenden aus Syrien oder der Türkei sein? Trägt unsere Unterscheidung nach Flüchtenden aus politischen und ökonomischen Motiven, die Unterscheidung zwischen Flucht und Arbeit, zwischen Völker- und Migrationsrecht heute noch? Obwohl die Rede immer von Migranten ist, kennt Europa den Status des Migranten nicht.

Neue Grenzlandschaften in Europa

In Europa hat sich eine höchst komplexe Grenzlandschaft entwickelt, die nicht mehr nur ein einfaches Innen und Außen reproduziert. Ein Set aus Institutionen und Sicherheitsapparaten zur Kontrolle und zum Management der Bevölkerung ist eingesetzt, für welches die Logik von In- und Ausländer, von deutsch und fremd nicht mehr der alleinige Schlüssel ist. Immer relevanter wird, was wir in der Migrationsforschung eine Form von differentieller Inklusion nennen. Mehrere Indikatoren können diese Perspektive veranschaulichen. Zu den Fluchtbewegungen kommt eine Verräumlichung von Ungleichheit in Europa. Immer mehr hat sich entlang einer Nord-Süd-Achse die in-

neroeuropäische Migration intensiviert (seit dem Beginn der ökonomischen Krise 2007 von unter 9 auf 35%). Eine Ausdifferenzierung des Ausländerrechts war bislang schon die Folge dieser Entwicklung: In Deutschland sind Ausländer in Bezug auf den Zugang zu sozialen Rechten mit 58 Arten von befristeten Aufenthaltstiteln konfrontiert. Sie alle bedeuten administrativen Aufwand und hohe Kosten. In der Konsequenz und zugespitzt gedacht heißt das, dass Entwicklungszusammenarbeit zukünftig vielleicht nicht mehr nur für das zerbombte Kobane, sondern auch für einen Duisburger Vorort im Sinne einer globalisierten Sozialarbeit neu entworfen werden muss.

Unter diesen Umständen, da der Sommer der „Autonomie der Migration“ zu Ende geht, stellt sich das geflügelte Wort der Kanzlerin „Wir schaffen das“ auf neue Weise dar. Es geht dabei nicht nur um die elementare Frage: Wie schaffen wir das (die Reglementierung, Standardisierung und Gestaltung einer europäischen, demokratischen und sozialen Einwanderung), sondern auch darum, wer als wir gedacht wird und sich aufgerufen fühlt, das zu schaffen? Unsere Haltung zur Migration ist dafür, welche Grenzen wir in unseren Gesellschaften für legitim halten, ein guter Seismograph.

Manuela Bojadžijev ist Professorin für „Globalisierte Kulturen“ an der Leuphana Universität Lüneburg und Mitglied des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung an der Humboldt-Universität in Berlin.

Der Text ist die gekürzte und überarbeitete Version eines Vortrags bei der Veranstaltung „Munich Welcome Theatre, Open Border Kongress“ am 18. Oktober 2015 in den Münchner Kammerspielen. Mehr dazu auf Seite 43.

Projekte Projektionen



Überschwemmte Wüste

Westsahara: Nothilfe nach dem großen Regen

Eher wird die Wüste überschwemmt, als dass die UN endlich die im Jahr 1991 versprochene Abstimmung über den künftigen Status der Westsahara durchführt. So werden rund 100.000 Flüchtlinge buchstäblich im Regen stehen gelassen. Seit ihrer Vertreibung durch das marokkanische Militär vor 40 Jahren leben sie ohne Perspektive in den Flüchtlingslagern der algerischen Wüste. Durch Sturm und starken Regen wurden nun viele Saharais obdachlos, weil ihre Lehmhütten aufweichten und zusammenbrachen. Unser medico-Büro vor Ort berichtet, dass sich das Wasser mittlerweile größtenteils zurück-

gezogen hat oder abgepumpt wurde: „Alle arbeiten daran, sauberes Wasser bereitzustellen. Teilweise ist die Situation wirklich katastrophal: Ein Krankenhaus steht nicht mehr, keine Apotheke kann geöffnet werden. Die Gesundheitsversorgung muss provisorisch in Zelten erfolgen. Die Nahrungsverteilung läuft gut und die Polisario-Ministerien arbeiten effektiv an einer Verbesserung der Lage.“ Auf Anfrage des saharauischen Gesundheitsministeriums liefert medico international mit finanzieller Unterstützung des Europäischen Amtes für humanitäre Hilfe (ECHO) Medikamente, die jetzt dringend gebraucht werden, vor allem gegen Durchfall und Erkältungen.

Stichwort: Westsahara

Kampf um Gerechtigkeit

Pakistan: Opfer der Textilindustrie klagen

Ende Oktober 2015 versammelte sich in Karatschi die Ali Enterprises Factory Fire Affecteds Association zu ihrem Jahrestreffen. Ihr gehören die Überlebenden des Großfeuers in der Textilfabrik Ali Enterprises an, bei dem vor drei Jahren 254 Menschen verbrannten. Die marode Fabrik arbeitete auf Rechnung des deutschen Discounters KiK, der bis heute jede Verantwortung leugnet. Nach Abbruch der Verhandlungen reichten vier Mitglieder der Association in Dortmund eine Zivilklage gegen den Discounter ein, die von medico, dem Berliner ECCHR und dem pakistanischen medico-Partner National Trade Unions Federation (NTUF) unterstützt wird. Auf ihrem Treffen

bekräftigten die Überlebenden, dass es ihnen um mehr als um eine finanzielle Entschädigung geht. „Wir wollen Gerechtigkeit“, sagt ihr Sprecher Mohammad Jabbar, „was geschehen ist, darf sich nicht wiederholen. KiK soll sich entschuldigen und sich schriftlich verpflichten, nur noch mit Fabriken zusammenzuarbeiten, die unsere Rechte respektieren.“ Dass die Massenmedien des Landes von dem Treffen berichtet haben, liegt auch daran, dass KiK sein „unternehmerisches Engagement“ im Land massiv ausgeweitet hat. Das Dortmunder Verfahren betrifft deshalb nicht nur die Kläger, sondern Tausende andere. Um ihrem Anliegen auch hier Gehör zu verschaffen, plant medico zum Prozessbeginn eine „Speaker’s Tour“, die auch zur KiK-Zentrale in Bönen führen wird.

Spendenstichwort: Pakistan

Keine Luft zum Atmen

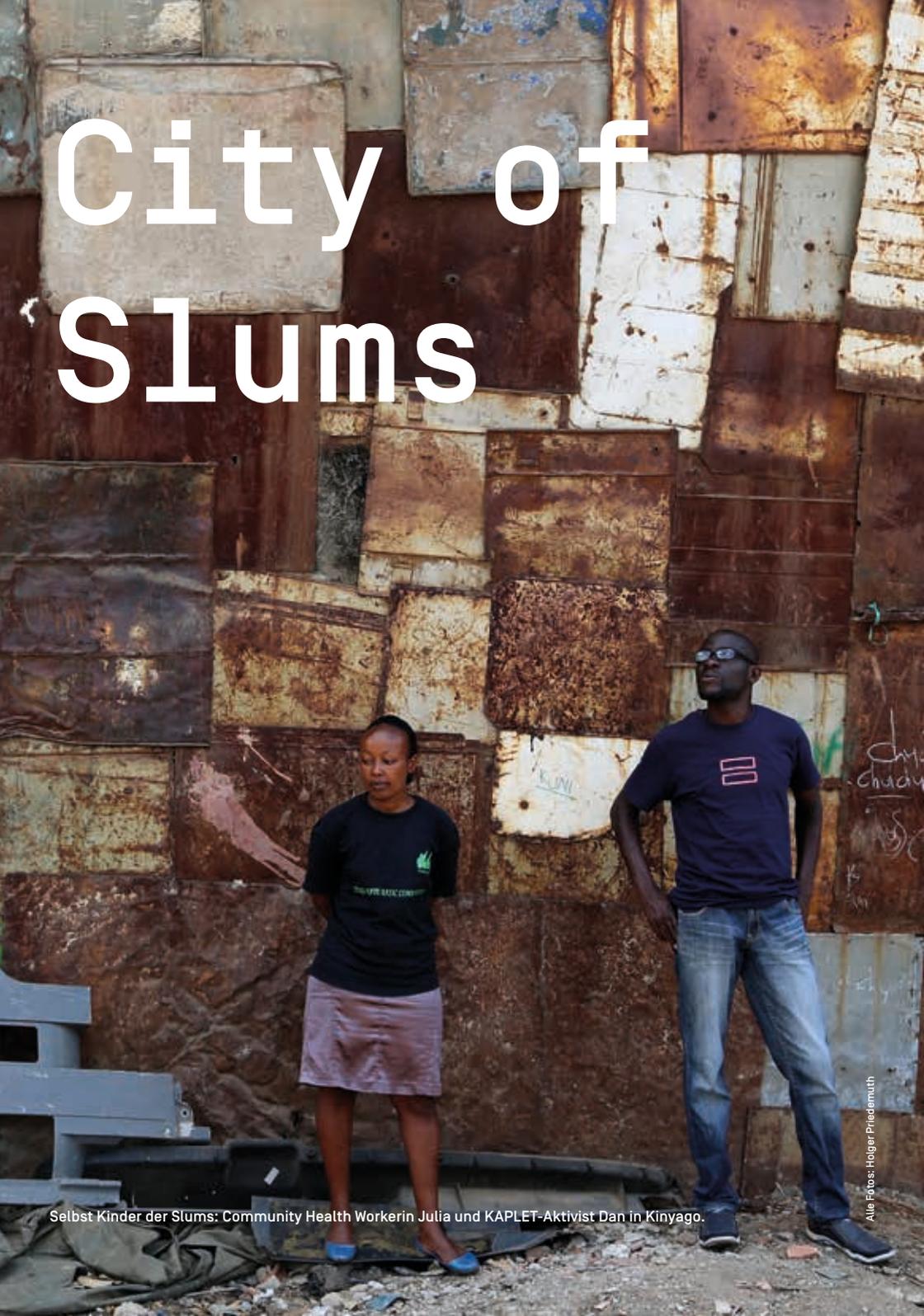
Brasilien: Extraktivismus macht krank

Der Raubbau an den natürlichen Ressourcen und die damit verbundene Entwicklungsgläubigkeit gehen noch bei fallenden Rohstoffpreisen auch in Brasilien auf Kosten von Gesundheit, Umwelt und anderer öffentlicher Güter. Seit drei Jahren unterstützt medico den basisorientierten Thinktank PACS in Santa Cruz in seinen Aktivitäten gegen das Stahlwerk von Thyssen Krupp und Vale, dem größten Bergbaukonzern der Welt. Broschüren zur Gesundheitsbelastung wurden erstellt und Anwohnerinitiativen unterstützt. Seit 2010 leidet die Bevölkerung von Santa Cruz unter der Feinstaubbelastung durch das Stahlwerk, das

bis heute nur mit vorläufigen Betriebslizenzen arbeitet. PACS unterstützt den Widerstand der lokalen Initiativen und organisiert Workshops mit Bewohnern anderer betroffener Gemeinden entlang der Eisenerzroute in Maranhão. Aktuell werden Fischer in unmittelbarer Nähe der Stahlfabrik in der Handhabung von einfachen Feinstaubmessgeräten geschult. Denn Dauerbelastung als auch Spitzenwerte, wie sie nach Werksunfällen vorkommen und die meist gar nicht gemessen werden konnten, sind von Interesse für die laufende Kampagne „Eine Entwicklung, die krank macht“. Es geht darum, einen Status quo zu ändern, der tatsächlich die Gesundheit und das Leben ruiniert.

Spendenstichwort: Brasilien

City of Slums



Selbst Kinder der Slums: Community Health Workerin Julia und KAPLET-Aktivist Dan in Kinyago.

Kenia. Wo das Leben eine Zumutung ist: Über den Kampf um Würde in den urbanen Elendsvierteln von Nairobi

Von Christian Sälzer

Aus dem Meer ineinander verkeilter Wellblechhütten ragt die Motherland Hall deutlich sichtbar heraus. In dem kargen Gemeinderaum drängen sich rund 40 Frauen, in einer Ecke spielen Kinder, auch eine Handvoll Männer hat sich eingefunden, allesamt Bewohner des umliegenden Slums. Dan, Erick und David, drei Aktivistinnen der Organisation KAPLET, die zu der Versammlung eingeladen hat, bitten um Ruhe. Ob sie von ihren Männern geschlagen werden, fragt Dan die Frauen. Fast alle strecken eine Hand nach oben. Ob sie es richtig finden, dass sie geschlagen werden? Wieder nicken einige, andere protestieren lautstark. Dan, Pullunder über gestärktem Hemd, eloquent und erfahren, macht eine Pause. „Deswegen sind wir heute hier. Um darüber zu sprechen, ob es in Ordnung ist. Und was ihr tun könnt, wenn ihr es nicht in Ordnung findet.“ Zwei Stunden später haben viele der Anwesenden zum ersten Mal erfahren, welche Rechte sie haben und wie sie sich wehren können. „Wenn sie das wissen, können sie entscheiden, was sie tun“, erklärt Dan später. Es ist nicht nur ein Angehen gegen Traditionen und Unwissenheit. Es ist ein Kampf, bürgerschaftliche Rechte dorthin zu tragen, wo der Alltag eine permanente Zumutung aus Armut, Gewalt und Rechtlosigkeit ist.

Vor zehn Jahren hat der Stadtsoziologe Mike Davis angesichts der weltweiten Verstädterung und der dramatischen Zunahme urbaner Elendsquartiere den Begriff „Planet of Slums“ geprägt. Auf diesem Planeten stellt die keniani-

sche Metropole so etwas wie die Hauptstadt dar. Zwar ist Nairobi das politische und wirtschaftliche Zentrum Ostafrikas, Sitz zahlreicher UN-Institutionen und Hunderter NGOs, das Zuhause der kenianischen Eliten und wohlhabender Ausländer, Ankunftsort Hunderttausender Safari-Touristen, eine Stadt mit riesigen Anwesen, Nobelhotels und Shopping Malls. Aber das ist nur die eine, die westliche Seite. Vor allem im Osten bilden 285 Slums einen Flickenteppich informeller Siedlungen. Auf gerade einmal fünf Prozent der Stadtfläche drängen sich mehr als 2,5 Millionen Menschen, das sind zwei von drei Bewohnern Nairobis. Nach Angaben von UN-Habitat sind es die am dichtest besiedelten Slums weltweit. Ungeachtet dessen sind es weitgehend unsichtbare, sich selbst überlassene Orte. Das Zuhause der Verworfenen und Namenlosen. In Stadtplänen sind die Slums weiße Flecken, nicht einmal Google Maps kennt sie. Sie sind nur notdürftig an das städtische Wasser- und Stromnetz angeschlossen, eine funktionierende Kanalisation ist selten und mancherorts kommt nur alle sechs Monate ein Laster vorbei, um die obersten Schichten der Müllberge mitzunehmen.

Traumrenditen in den Slums

Das große Bild kann Joseph Muturi zeichnen. In seinem Büro weit im Westen der Stadt erzählt der Vorsitzende des nationalen Verbandes der Slumbewohner Muungano Wa Wanavijiji, wie er mit seinen Kollegen jahrelang Daten zusam-

mengetragen hat. „Die ersten Slums sind Anfang der 1970er Jahre entstanden, als die Menschen aus der Innenstadt vertrieben wurden.“ Dann kamen die Menschen vom Land hinzu, in der Hoffnung, hier Arbeit, Wohnungen und ein besseres Leben zu finden, später auch Flüchtlinge aus Ruanda und Somalia. Heute wachsen die Slums aus sich heraus, fast alle Bewohner sind in einer Wellblechhütte geboren. Natürlich gab und gibt es Projekte seitens der Regierung, der UN und NGOs, die Lage in den Vierteln zu verbessern, „Slum-Upgrading“ lautet das Stichwort. Wenige sind nachhaltig, viele konzentrieren sich auf Kibera, den wohl größten Slum Afrikas und der einzige im Westteil Nairobis. „In Kibera gilt: Ein Haushalt, eine NGO“, spottet Muturi. Die politische Elite interessiert sich ohnehin nur vor Wahlen für die Slums – und profitiert gleichzeitig massiv von ihnen. Muturi und seine Kollegen haben die Besitzverhältnisse in den Slums recherchiert und sie als riesiges Geschäft enttarnt. Für jede der Hunderttausende winzigen Wellblechhütten zahlen die Bewohner Miete, von 20 bis zu 60 Euro. Durch die Dichte summiert sich das zu Traumrenditen. „Die Slums sind die attraktivsten Immobilien, die man sich vorstellen kann“, so Muturi. Nachweislich landet das Geld, das den Ärmsten Monat für Monat abgepresst wird, über verschlungene Wege in den Taschen von Spitzenpolitikern, hohen Beamten und Unternehmern.

Sogar Wasser untersteht privater Kontrolle

Zurück im Osten der Stadt. Hier liegen auch Kinyago und Kanuku, zwei Slums mit 40.000 bis 50.000 Bewohnern, genau weiß das niemand. An einem Kiosk warten neben Dan, David und Erick weitere Mitglieder des medico-Partners KAPLET und die Community Health Workerin Julia. Alle sind in Slums aufgewachsen, die meisten leben heute noch dort. Sie selbst sprechen

von „Villages“, was mehr nach Gemeinwesen klingt, die beanspruchen, in die stadtweite Versorgung einbezogen zu werden. In Fortbildungen haben sich die Aktivisten zu „Human Right Defenders“ und Laienjuristen qualifizieren lassen. Ihr Wissen über Menschenrechts- und Gesundheitsfragen geben sie bei örtlichen Versammlungen und Mediationen weiter. Zudem haben sie in 14 Villages ein Netz von Gemeindef Helfern aufgebaut – Menschen wie Julia, die den heutigen Rundgang durch Kinyago organisiert. Die 35-Jährige kümmert sich ehrenamtlich um gesundheitliche Belange, von ungewollten Schwangerschaften über Notfälle bis zum Polio-Schutz. Immer wieder klingelt ihr Mobiltelefon. Es geht um ein dreijähriges Mädchen, das wenige Tage zuvor vergewaltigt worden ist. Sie legt auf und seufzt. „Gehen wir.“

Auf der Hauptstraße von Kinyago, einer holprigen Gasse, bieten die Bewohner ihre Waren und Dienste an. Hier brät eine Frau Chapatis, dort werden Haare geschnitten. In einem der Verschläge kann man die Spiele der Premier League sehen, in einem Drug Store finden sich Schmerzmittel aller Art. Pharmazeutische Betäubungskunst ist angesichts der mangelnden medizinischen Versorgung in den Villages gefragt. Mancherorts gibt es zwar öffentliche Kliniken, aber es fehlt an Personal und Ausstattung. In den privaten Kliniken muss jede Leistung bezahlt werden, was hier kaum jemand kann. Doch auch öffentliche Anbieter bitten immer wieder zur Kasse. Vor zwei Jahren hat KAPLET erfolgreich gegen die Praxis einer Geburtsklinik mobilisiert, die Wöchnerinnen so lange in Gewahrsam nahm, bis die Behandlungskosten bezahlt waren.

Wie tief das Prinzip, Profit noch aus den dringendsten Bedürfnissen von Menschen zu ziehen, in das soziale Gewebe der Villages eingedrungen ist, zeigt sich wenige Schritte weiter. An einem Wasserhahn am Rande der Straße



Zwei von drei Bewohnern Nairobis leben in Slums. Sie gehören zu den am dichtest besiedelten der Welt.

befüllt eine Frau gelbe Kanister. Der kleine kostet fünf Kenia-Schilling, der große acht. Weil kein Haushalt über einen eigenen Anschluss verfügt, sind die Bewohner gezwungen, bei den „Waterlords“ zu kaufen. Das gleiche Prinzip gibt es bei den Latrinen, jeder Toilettengang kostet. Das ist nicht überall so. In einem nahegelegenen Village können sich alle Bewohner an einer öffentlichen Wasserstelle bedienen. Was wie geregelt ist, hängt von den jeweiligen Machtstrukturen ab und die sind komplex. Es gibt von der Regierung eingesetzte Verwalter und Slum-Älteste, die Polizei unterhält Spitzel, Slumlords sichern ihre Pfründe, Jugendgangs die ihren. Hinzu kommt die ethnische Zugehörigkeit, die in Kenia das soziale Leben prägt und trennt.

Von der zentralen Gasse aus führen Abzweige in ein Labyrinth schmaler Pfade, die nahtlos in Kloaken übergehen. Um voranzukommen, muss man sich durch Durchgänge mit rostigen Kanten zwängen. Später, wenn die Masse der Bewohner von dem Bemühen, in der Stadt genug Geld für das Abendessen zu verdienen, zurückkommen, ist hier kein Durchkommen mehr, erzählt Julia. „Nach Einbruch der Dunkelheit ist es stockfinster, keine Frau verlässt dann noch ihre Hütte.“ Dann lädt sie in ihr Zuhause ein, wie fast alle anderen ist es keine zehn Quadratmeter groß: ein Sofa mit Zebra-Muster, ein Sessel, hinter einem Vorhang ein Bett – für einen Schrank ist schon kein Platz mehr. Hier lebt sie mit drei Kindern und ihrer Mutter. Durcheinander kann sie sich da kaum leisten, die wenigen Hab-

seligkeiten hat sie ordentlich verstaubt. Wie das alles geht? „Es geht schon“, sagt sie. Je weiter die Pfade hinunter zum Nairobi River führen, umso ärmlicher wird es. Auf der einzigen freien Fläche Kinyagos, einem mit Unrat übersäten Fußballplatz, sind Dutzende Namen mit Farbe auf eine Mauer geschrieben, „Our Soldiers“ steht darüber. Es sind die Namen derjenigen, die in den vergangenen Monaten von der Polizei erschossen wurden. „Es ist weit weniger Aufwand, eine Kugel willkürlich auf einen Slumbewohner abzufeuern als einen tatsächlichen Straftäter zu ermitteln“, sagt Dan und kann die Wut kaum unterdrücken. KAPLET dokumentiert solche Fälle und berät Angehörige von Opfern, welche juristischen Wege ihnen offenstehen. Doch nur selten gelingt es, einen Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen. Viel zu groß ist die Angst, zu wirksam die Einschüchterung, zu korrupt das System.



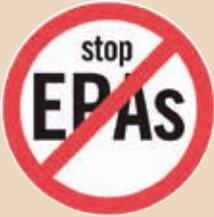
Ein Meer aus Wellblechhütten. Die meisten sind kaum zehn Quadratmeter groß.

Seit 2010 hat KAPLET einen neuen „Verbündeten“: In einem landesweiten Referendum wurde der Entwurf einer neuen Verfassung angenommen. Diese stützt nicht nur die bisherige Allmacht des Präsidenten und räumt den Regionen mehr Selbstverwaltung ein. Vor allem garantiert sie allen Kenianern weitreichende Rechte – auf bestmögliche Gesundheit und Zugang zu medizinischer Versorgung, auf Bildung und auf angemessenen Wohnraum. Das ist ein gewaltiger Erfolg der zivilgesellschaftlichen Demokratiebewegung. Was aber ist das formale Recht auf Gesundheit wert, wenn die Lebensverhältnisse krank machen? Was bringt das Recht auf Bildung, wenn die Grundschulen seit Wochen geschlossen sind, weil die Regierung die Lehrgelöhner nicht zahlt, und nahezu kein Slumbewohner angesichts von hohen Gebühren auf eine weiterführende Schule gehen kann? Und was hilft das Recht auf angemessenen Wohnraum, wenn die Einkommen kaum reichen, um die Miete für eine schäbige Hütte zu zahlen?

Doch KAPLET wendet nicht die Realität gegen das Recht, sondern das Recht gegen die Realität. „Die neue Verfassung ist ein wichtiges Werkzeug“, erklärt David. Aus dem Strom von Ungerechtigkeiten picken sie konkrete Fälle heraus, die sie dokumentieren und verfolgen. Vor allem aber versucht KAPLET, die Namenlosen darin zu stärken, Handelnde zu werden. „Knowledge is power“ lautet der Slogan. Die Menschen sollen wissen, wie sich Ansteckungen mit HIV vermeiden lassen; dass Polizisten sie nicht grundlos einsperren dürfen, um sie gegen Zahlung von Schmiergeld freizulassen; dass es juristische Mittel gibt, um Arbeitgeber dazu zu bringen, den fälligen Lohn zu zahlen. Gleichzeitig geht es um Formen eines solidarischen Miteinanders. So erzählt David von Frauen, die sich in autonomen Sparrunden gegenseitig unterstützen oder von gemeinschaftlichen Aktionen gegen Cholera.

FLUCHTURSACHE HANDELSABKOMMEN

Wie die EU die wirtschaftliche Entwicklung Ostafrikas verhindert



Kenias Zivilgesellschaft hatte bis zuletzt gegen eine Unterschrift protestiert. Als sich auch die Regierung in Nairobi weigerte, das Wirtschaftspartnerschaftsabkommen EPA zwischen der Europäischen Union und der ostafrikanischen Gemeinschaft EAC zu unterzeichnen, zog Europa die Daumenschrauben an. Strafzölle auf Einfuhren wie Tee und Schnittblumen aus Kenia zeigten schnell Wirkung: Im Oktober 2014 unterschrieb Kenia das Abkommen. Fredrick Njehu, Handelsexperte der Kenyan Human Rights Commission, bezeichnet das Vorgehen der EU als „Erpressung zu einem für Ostafrika sehr schlechten Deal“.

Parallel zu den Verhandlungen mit den USA über TTIP rang die EU viele Jahre lang mit 79 afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten der AKP-Gruppe um neue Wirtschaftsabkommen. Die Vereinbarungen, die inzwischen mit sieben AKP-Regionen abgeschlossen wurden – Ostafrika beugte sich als letzte –, entpuppten sich als rigide Freihandelsprogramme. So ist es den EAC-Staaten untersagt, Zölle auf Ausfuhren in die EU zu erhöhen oder neue zu erheben, was bedeutet, dass sich Europa den Zugriff auf Rohstoffe dauerhaft gesichert hat. Vor allem aber muss Ostafrika seine Zölle auf Importe aus der EU weitgehend abbauen. Damit verlieren die Staaten nicht nur dringend benötigte Einnahmen, sondern auch das zentrale Werkzeug, um eigene Industrien schützen zu können. Kenias Bauern und Geflügelzüchter etwa fürchten um ihre Existenzgrundlage, weil die EU die Überschüsse ihrer hochsubventionierten Agrarindustrien künftig noch billiger auf die Märkte in Nairobi, Daressalam und Kampala bringen kann. Das Grundproblem vieler Ökonomien Afrikas, eine nur schwach entwickelte industrielle Produktion, wird durch EPA nicht gemildert. Im Gegenteil: Das Abkommen nagelt sie auf das fest, was sie heute schon sind – billiger Rohstofflieferant und wehrloser Absatzmarkt.

EPA war jüngst auch Thema in der ZDF-Satire-Sendung „Die Anstalt“. Die Expertengruppe „Fluchtursachen und Militärisch-Politische Strategien“, kurz FUMPS, sollte der Kanzlerin das komplexe Thema auf einen Nenner bringen. Nach Durchsicht der EPA-Abkommen lautet dieser: „Fluchtursache Nummer eins sind wir.“



Bei den Trainings von KAPLET erfahren viele Bewohnerinnen zum ersten Mal, welche Rechte sie haben.

Zurück auf der Hauptstraße. Julia verabschiedet sich, die anderen beraten, wie es weitergeht. Alle wissen, dass sich die kleinen Erfolge immer wieder an den Verhältnissen brechen und sich wenig gewinnen lässt, wenn sich nichts Grundsätzliches ändert; dass sich in diesen Arenen des Überlebenskampfes Momente von Würde erreichen lassen, aber keine Gerechtigkeit. Hinzu kommt, dass KAPLETS Kampf gegen die Willkür der Staatsgewalt gefährlich ist. Alle Mitglieder wurden bereits bedroht und mussten samt Familien den Wohnsitz wechseln. Warum nehmen sie all das auf sich? Könnten sie mit ihren in vielen Trainings erworbenen Fähigkeiten die Slums nicht hinter sich lassen? Wollten sie es denn? Nach kurzem Überlegen antwortet Erick: „Immer wenn ich überlege aufzuhören, merke ich, dass es nicht geht. Die Slums sind unser Zuhause.“

Siehe auch die komplette Fotostrecke unter www.medico.de/kaplet



Erstmals hat medico KAPLET 2011 im Kampf gegen die Hungerkatastrophe in Ostafrika unterstützt. Seitdem fördert medico die Arbeit der Organisation, die auch in dem globalen Gesundheitsnetzwerk People's Health Movement aktiv ist.

Spendenstichwort: Ostafrika

Nichts ist besser

Israel/Palästina: der medico-Büroleiter in Ramallah, Riad Othman, zieht Bilanz

Die vergangenen drei Jahre zählten zu den intensivsten Erfahrungen in meinem bisherigen Berufsleben. Zwei Wochen nach meiner Ankunft im November 2012 begannen die achttägigen Angriffe auf den Gaza-Streifen. Meine Familie war zu meiner Erleichterung noch in Dänemark. Die Partner aber waren unter Beschuss. Nur im Sommer 2014, während des letzten Krieges, fühlte ich mich noch hilfloser. Dieses Mal waren unsere Partner nicht nur unter Beschuss. Sie verloren Familienmitglieder, Arbeitskollegen und Freunde.

Mir fällt nichts ein, was in drei Jahren besser geworden wäre. Bevor ich hier ankam, war die Rede davon, dass nicht mehr viel Zeit bliebe, um die Zweistaatenlösung zu retten. Während ich hier arbeitete, hieß es, die Zweistaatenlösung werde immer unrealistischer. Selbst während der Friedensgespräche unter Vermittlung des US-Außenministers John Kerry schrieb die israelische Regierung binnen neun Monaten 13.851 Wohneinheiten in Siedlungen auf der Westbank und in Ost-Jerusalem zur Planung und zum Bau aus: durchschnittlich 50 pro Tag, 1.540 pro Monat. Wer sich veranschaulichen möchte, was das für die Realisierbarkeit eines Friedensabkommens bedeutet, dem natürlich eine territoriale Einigung zugrunde liegen müsste, kann sich die Karten der Vereinten Nationen ansehen. Die Reaktionen aus der internationalen Politik waren die üblichen: Besorgnis. Nichts weiter.

Die Konfrontation rückt näher

Unterdessen ist die Konfrontation ein Stück näher gerückt. Zum ersten Mal finden im Oktober 2015 selbst am Checkpoint Beit El, direkt neben dem Hauptquartier der israelischen Besatzungsverwaltung für die Westbank und unterhalb der gleichnamigen Siedlung, tagelange Zusammenstöße zwischen der Armee und Palästinenserinnen und Palästinensern statt. Als ich die Ausschreitungen beobachtete, tauchte eines Tages wie aus dem Nichts plötzlich ein Knirps auf. Unbegleitet. Höchstens 10 Jahre alt. Er wollte ebenfalls Steine gegen die Armee werfen, die dort schon seit Tagen auch scharfe Munition gegen Protestierende einsetzte, nicht mehr nur Tränengas und gummiummantelte Stahlgeschosse. Nur die vereinten Überredungskünste eines Sanitäters, eines Journalisten und eines Steinwerfers konnten ihn dazu bewegen, wieder abzuziehen. Der Junge war den Tränen nahe und weigerte sich bis zuletzt preiszugeben, woher er überhaupt gekommen war und wer seine Familie sei. Kinder tun oft das, was sie bei Älteren sehen. Ich will deshalb gar kein fürchterliches Ausnahmeschicksal in die Geschichte des Jungen hineininterpretieren. Dieses Kind ist kein Einzelfall. Seine Anwesenheit an sich, genauso wie die Abwesenheit seiner Eltern oder älteren Geschwister, sagt schon viel über den Zustand der Gesellschaft in den besetzten Gebieten aus. Über Hoffnungslosigkeit und Wut, die sich in gewaltsamen Protesten und Straßenschlachten mit israelischen Armee-

und Polizeieinheiten Bahn brechen, aber leider auch in Anschlägen auf israelische Zivilisten.

Bilder von brennenden Reifen und Tränengaschwaden sind nicht neu. Die Orte, von denen sie stammen, indessen schon, zumindest wenn man nur die letzten Jahre der bleiernen Ruhe berücksichtigt. Es ist neu, wenn man in einem Viertel der Mittel- und Oberschicht in Ramallah einen jungen Mann mit einem Eimer faustgroße Steine sammeln sieht, kilometerweit vom nächsten Checkpoint entfernt.

Niemand lässt es kalt

Die Ereignisse der letzten Wochen lassen niemanden in meinem Umfeld kalt: nicht der Mord an dem Siedlerehepaar Henkin in der Nähe von Nablus, dessen vier Kinder im Alter von vier Monaten bis neun Jahren ebenfalls im Auto saßen, als die Eltern erschossen wurden. Nicht die Welle palästinensischer Anschläge auf Israelis, die in den vergangenen Wochen völlig eskaliert ist. Nicht die generelle anti-arabische Stimmung und mancherorts offen vorgetragene rassistische Haltung gegenüber Palästinensern in Israel. Und sicher nicht die Reaktion der israelischen Politik auf diese jüngste Eskalation, die Rhetorik von Abgeordneten und Amtsträgern, die Sicherheitskräfte öffentlich dazu ermuntern, „Terroristen“ zu töten. Diese Stimmung zeigt Wirkung: In zwei der jüngsten Fälle von getöteten Verdächtigen, die durch Videos dokumentiert sind, drängt sich der Eindruck von außegerichtlichen Hinrichtungen auf. Personen, die ohne Not hätten verhaftet werden können, wurden einfach erschossen. Dagegen wurde kein einziger jüdischer Verdächtiger während seiner Verhaftung durch Schüsse verletzt.

Man kann die gegenseitigen Angriffe und Proteste nicht verstehen, wenn sie aus ihrem politischen und historischen Zusammenhang her-

ausgelöst werden. Ihr Kontext besteht fort und die fast seit 50 Jahren andauernde Besetzung hat weiterhin massive und handfeste wirtschaftliche, soziale, psychologische und andere Folgen - in der Regel leider verheerende für beide Gesellschaften. Der vorherrschende Diskurs in Israel, der „palästinensisch“ oft mit „gefährlich“ gleichsetzt, der erschossene Palästinenser lediglich als Terroristen oder Sicherheitsrisiken darstellt, die „neutralisiert“ werden mussten, dient politisch und gesellschaftlich vor allem einem Zweck: eine ernsthafte Diskussion darüber im Keim zu ersticken, welches die eigentlichen Ursachen der Gewalt sind.

Gaza: Niedergeschlagenheit und Wut

Dann ist da noch die offene Wunde Gaza. In dem Küstenstreifen erlebe ich die Niedergeschlagenheit und Desillusionierung so stark, wie ich sie in drei Jahren nicht gesehen habe. Selbst unmittelbar nach dem letzten Krieg 2014 bestand mehr Hoffnung auf Verbesserung. Schon jetzt sind 95% des Leitungswassers nicht für den menschlichen Verzehr bzw. Gebrauch überhaupt geeignet. 2016 soll der Küstenaquifer, die Hautquelle für Wasser in Gaza unbenutzbar sein. Für 2020 werden die Schäden am Aquifer als irreversibel vorhergesagt. Wie dann Menschen leben sollen, die sich kein teures Wasser aus Tanklastern leisten können, das weiß hier niemand. Und dies ist nur eines von vielen gravierenden Beispielen für die Katastrophe, auf die hier 1,8 Millionen Menschen zusteuern. Mittlerweile herrscht nur noch Enttäuschung und Ausweglosigkeit: über die andauernde Abriegelung, über das Versagen der internationalen Gemeinschaft. Über die Unfähigkeit der eigenen politischen Eliten, die Interessen der Bevölkerung endlich in den Blick zu nehmen anstatt die jeweils eigenen Privilegien. Auch darüber herrscht Wut. Die Wunde hat sich längst entzündet.



Fotos: medico

Rauchsäulen des palästinensischen Protests am israelischen Checkpoint Beit El in der Westbank, unterhalb der gleichnamigen Siedlung und in direkter Nachbarschaft zur israelischen „Ziviladministration für Judäa & Samaria“.

Wir nähern uns dem 50. Jahrestag der Besetzung der Westbank, des Gaza-Streifens und Ost-Jerusalems. Wie ihre Vorgängerregierungen lässt das derzeitige israelische Kabinett keine Anzeichen dafür erkennen, dass es willens ist, die Besatzung aufzugeben und seinen Griff zu lockern. Im Gegenteil, die jüngste Veröffentlichung von EU-Richtlinien zur Kennzeichnung von Siedlungsprodukten hat in Israel für Unverständnis und Wut gesorgt. Die Regierung Netanjahu setzt auf Konfrontation statt auf Kompromissbereitschaft und hat bereits Treffen und Dialogforen abgesagt. Sie hat auch darauf aufmerksam gemacht, dass unter der Kennzeichnung primär Palästinenser zu leiden haben würden, wenn sie ihre Arbeit in Siedlungen verlören.

Nach drei Jahren beende ich meine Arbeit in Ramallah. Als Nahost-Referent für medico werde ich dem Thema, nun von Deutschland aus, treu bleiben, und mich einsetzen für ein Ende der Besetzung und für Menschen- und Bürgerrechte für alle.



medico-Büroleiter Riad Othman in Aktion.

Israel/Palästina zählt zu den größten Projektregionen von medico. 2015 wurden 18 Projekte mit insgesamt 1,9 Mio. Euro gefördert. Die medico-Projektpartner auf beiden Seiten leisten täglich Hilfe und setzen sich für eine friedliche Regelung des Konflikts ein, die nicht ohne ein Ende der israelischen Besetzung zustandekommen wird. Die Arbeitsfelder reichen u.a. von Gesundheitsfürsorge über Menschenrechtsarbeit bis zu Flüchtlingshilfe und Schutz der von Vertreibung bedrohten palästinensischen und beduinischen Bevölkerung.

Spendenstichwort: Israel/Palästina

Gesund- heit fürs Land



Dorfschule in Santa Maria Tzejá im Ixcan, Guatemala.

In El Salvador kommt die Umsetzung einer Gesundheitsreform voran. In Guatemala hat eine junge Generation die Angst verloren.

Besuch bei medico-Partnern vor Ort

Von Moritz Krawinkel

Es ist heiß in dem offenen Raum des Rundfunkhauses von Nueva Granada, einem kleinen Ort zwei Stunden östlich der salvadorianischen Hauptstadt. Fünfzehn Frauen und Männer bilden einen Halbkreis, einige tragen T-Shirts mit dem Logo des Nationalen Gesundheitsforums. In der Mitte sitzen Rina Abrego und Juana Digna Martínez. „Wie lange musstest du warten, bis du untersucht wurdest?“, fragt Rina. Juana überlegt: „Zwei Stunden, ich hatte Glück.“ Sie schreiben die Antwort in den Fragebogen, den alle im Raum vor sich haben. Bei dem Workshop lernen die Teilnehmenden, Patienten über ihre Erfahrungen in den Gesundheitszentren der Region zu befragen. Der Fragebogen ist Teil der sozialen Evaluierung der Gesundheitsreform, die nach dem Wahlsieg der Linksregierung in El Salvador vor sechs Jahren auf den Weg gebracht worden war. „Wir geben den Menschen eine Methode an die Hand, mit der sie die staatliche Arbeit kontrollieren und Vorschläge zur Verbesserung machen können“, erklärt Rina, die in San Salvador für das Nationale Gesundheitsforum arbeitet und lokale Gruppen in mehreren Provinzen betreut.

Tatsächlich ist seit dem Amtsantritt der FMLN-Regierung 2009 einiges vorangekommen. So hat sie den Vorschlag der zivilgesellschaftlichen Bewegung gegen die Privatisierung der Gesundheit aufgenommen und die Ärztin María Isabel Rodríguez zur Gesundheitsministerin

gemacht. Sie forcierte in Zusammenarbeit mit der Bewegung eine Reform, die den kostenlosen Zugang zur Gesundheitsversorgung garantiert und mit der Hunderte kleine Gesundheitsteams im ganzen Land, sogenannte ECOS, geschaffen wurden. Daneben geht es um die Teilhabe der Bevölkerung. Garant dafür ist das von medico unterstützte Nationale Gesundheitsforum, mit dem das Wissen über Rechte und Ansprüche der Menschen in die Provinzen getragen wird. Inzwischen heißt es mit zwinkerndem Auge aus dem Ministerium: „Ihr bildet die Leute zu gut aus. Die wissen so gut Bescheid, dass sie den Ärzten inzwischen sagen, ‚Ihr müsst das und das tun‘“, erzählt Roxana Rodríguez lachend. Das passt ins Selbstverständnis des Forums, das zwar als Teil der Gesundheitsreform und in Zusammenarbeit mit der Regierung entstand, aber als soziale Bewegung auf seiner Unabhängigkeit besteht. „Unsere Aufgabe als Zivilgesellschaft ist es, Druck auf die Regierung auszuüben. Nur dann werden die Entscheidungen getroffen, die das Volk will“, sagt Roxana.

Kontinuität des Widerstandes

Maßgeblich getragen wird das Nationale Gesundheitsforum von der Allianz gegen die Privatisierung der Gesundheit, einem Zusammenschluss von gesundheitspolitischen Initiativen,

die Ende der 1990er Jahre aus den Protesten gegen die massive Privatisierungswelle unter der rechten Arena-Regierung entstand. 200.000 Menschen demonstrierten damals auf den Straßen San Salvadors, blockierten Straßen und Grenzübergänge. „Die stärkste soziale Bewegung seit den Friedensverträgen von 1992“, sagt Margarita Posada, eine Sprecherin des Forums und Direktorin des medico-Partners Asociación de Promotores Comunales Salvadoreños (APROCSAL). Während des salvadorianischen Bürgerkriegs hat die Organisation ebenso wie medico Gesundheitsstrukturen in den von der Guerilla befreiten Gebieten aufgebaut und unterstützt.

An dem Workshop in Nueva Granada nimmt auch der junge Arzt René Cornejo teil. „Ich will nicht die gleichen Fehler wie einige meiner Kollegen machen, die Patienten schlecht behandeln“, beschreibt er seine Motivation. Seit Juli 2015 ist er wieder zurück in El Salvador, nachdem er dank eines Stipendiums sechs Jahre lang auf Kuba Medizin studieren konnte. Geboren ist René in Honduras. Als 1982 die Nationale Befreiungsfront Farabundo Martí (FMLN) den bewaffneten Kampf gegen das Militärregime aufnahm, antworteten die Streitkräfte mit Massakern an der Zivilbevölkerung. Tausende flohen nach Honduras und in die USA. René's Familie kam 1993 zurück nach El Salvador und gründete zusammen mit anderen Rückkehrern in der Nähe von Nueva Granada die kleine Gemeinde Nuevo Gualcho. „Leicht war das nicht“, erzählt René. „In den umliegenden Dörfern hielten viele die Rückkehrer für Terroristen. Es hat einige Zeit gedauert, bis das Eis gebrochen war.“ Unterstützt wurde die Wiederansiedlung von medico international. So wurde eine mechanische Pumpe installiert, die das Dorf mit Frischwasser versorgte. Dank der Gesundheitsreform gibt es auch in Nuevo Gualcho ein ECOS und bald werden die Aktivistinnen und Aktivisten des Forums auch hier mit Fragebögen unterwegs sein.

Trotz deutlicher Fortschritte hinsichtlich der Gesundheitsversorgung in El Salvador ist die Reform ins Stocken geraten. Ursprünglich angepeilt waren Ausgaben für Gesundheit in Höhe von fünf Prozent des Bruttoinlandsprodukts, zurzeit sind es weniger als 2,5 Prozent. „Die Regierung sagt, es gibt kein Geld mehr“, erklärt Roxana Rodríguez. „Kein Wunder, wir haben das niedrigste Steueraufkommen in der ganzen Region.“ Deshalb erarbeitet das Forum derzeit einen Vorschlag für eine Steuerreform. Davon würde nicht nur der Gesundheitsbereich profitieren.

Protestbewegung in Guatemala

Während die salvadorianische Gesundheitsbewegung Einfluss auf die nationale Politik nehmen kann, sind die Bedingungen in Guatemala weniger aussichtsreich. Immerhin aber hat sich in den vergangenen Monaten ein Sturm des sozialen Protestes gegen die korrupten Machteliten des Landes erhoben. Nachdem bereits im April 2015 die Vizepräsidentin ihren Posten räumen musste, haben die Straßenblockaden auf dem Land und die Massendemonstrationen in der Hauptstadt Anfang September den Präsidenten zum Rücktritt gezwungen. Noch ist nicht ausgemacht, ob diese Bewegung wie in El Salvador das Durchhaltevermögen haben wird, weiterreichende soziale Veränderungen zu erkämpfen. Das hieße, auch die enorme Kluft zwischen Stadt und Land zu überwinden. So ist es außerhalb der Hauptstadt bislang Basisinitiativen überlassen, für eine gesundheitliche Versorgung zu streiten.

Das zeigt sich bei einem Besuch in der kleinen Dentalklinik des guatemaltekischen Dorfes Los Angeles, unmittelbar an der mexikanischen Grenze gelegen. Seit 2005 kümmert sich Sebastián Bartolo in der von medico und der Europäischen Union finanzierten Einrichtung



Workshop zur Evaluation des Gesundheitssystems durch dessen Nutzerinnen und Nutzer in Nueva Granada, El Salvador.

um die Zahngesundheit der Menschen aus der Region. Ausgebildet wurde er 1997, wenige Jahre nach der Rückkehr der Gemeinde aus dem mexikanischen Exil. Dorthin waren die Familien aus Los Angeles geflohen, nachdem das Militär die Nachbardörfer ausgelöscht hatte. Es war 1982 und die Politik der verbrannten Erde unter Diktator Ríos Montt in vollem Gange. Besonders hart betroffen: die indigenen Gemeinschaften im Norden Guatemalas. Zehntausende flohen über die Grenze nach Mexiko oder gingen in Widerstandsdörfer, in denen sie sich jahrelang vor den Militärpatrouillen versteckten. Mit dem Nötigsten versorgt wurde dieser zivile Widerstand von medico international und guatemalteken Basisgesundheitsorganisationen wie der späteren Asociación Coordinadora Comunitaria de Servicios para la Salud (ACCSS). „1993 haben wir angefangen, nicht

mehr nur Medikamente zu liefern, sondern Leute in den Widerstandsdörfern und den mexikanischen Flüchtlingslagern als ‚Barfußzahnärzte‘ auszubilden“, erzählt Elizabeth Ibarra aus der Leitung von ACCSS.

Bei einem Empfang mit Vertretern des Gemeinderats erzählt eine Lehrerin von der wichtigen Gesundheits- und Jugendarbeit, die ACCSS mithilfe von medico hier geleistet hat, und von Plänen, sorgsamer mit dem spärlichen Wasser umzugehen. Schnell dreht sich das Gespräch um die Probleme im Land: „Reichtum gibt es ja in Guatemala, aber das Geld kommt nicht im Volk an“, sagt jemand. Die Runde nickt zustimmend. Wie sie die politischen Erschütterungen in der Hauptstadt in den vergangenen Monaten wahrgenommen haben? Für einen älteren Mann mit Arbeitshose ist Guatemala-City weit weg. „Wir

Campeños müssen uns wehren, sonst werden wir nur herumgestoßen.“ Die Lehrerin wird kämpferisch: „Uns wurde gezeigt, zu schweigen, aber wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir darum kämpfen – auch um der Jugend ein Vorbild zu sein.“

Informierte Migration

Bei der Abreise aus Los Angeles ist Elizabeth zufrieden. „Gerade die Interessen der Jugendlichen blieben früher völlig außen vor – auch in unserer Gesundheitsausbildung von Erwachsenen. Deshalb haben wir begonnen, besonders mit ihnen zu arbeiten.“ Seit Jahren gehen ACCSS-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter in die Schulen und Gemeinden der Region. Dort organisieren sie Workshops zu Geschlechterverhältnissen und Gesundheit, zu Globalisierung und Menschenrechten. „Es geht darum, die Jugendlichen zu ermächtigen, sich kritisch mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen“, erzählt Claudio. Er hat 2008 erstmals an einer Fortbildung von ACCSS teilgenommen und bildet jetzt selber Jugendpromotoren aus. Die junge Generation soll lernen, Verantwortung in ihren Gemeinschaften übernehmen – und das nicht nur, indem sie gemeinsam Müll aufsammeln, sondern zum Beispiel auch dadurch, die Ressourcen der Gemeinde gegen die aggressiven Palmöl- und Petroleum-Unternehmen zu verteidigen, die in der Region deutliche Spuren hinterlassen haben.

Mit den Jahren ist ein weiteres Themengebiet in der Arbeit von ACCSS hinzugekommen: Migration. „Wir haben viel Arbeit in die Ausbildung von Jugendlichen gesteckt, aber die Migration ist für sie – gerade hier in der Grenzregion – immer eine Option“, erzählt Elizabeth. „Informierte Migration“ heißt das Projekt, mit dem die Jugendlichen über die Wege, über sichere Unterkünfte und die Gefahren der Reise

aufgeklärt werden. „Unsere Arbeit in den Gemeinden hat die Migration erst sichtbar gemacht“, sagt Milda Quip, die das Projekt betreut. „Früher sind die Jugendlichen einfach gegangen, haben niemand davon erzählt und waren schlecht vorbereitet. Und die Zurückgebliebenen haben geschwiegen. Jetzt wissen die Jugendlichen, worauf sie sich einlassen. Und die, die zurückbleiben, sprechen darüber.“



Die Reise durch Guatemala und El Salvador war auch eine Abschiedsrunde: Dieter Müller, der ein Vierteljahrhundert, zuletzt als Leiter des Mittelamerika-Büros von medico in Managua und als Projektkoordinator Zentralamerika und Mexiko, die Arbeit der Partner in der Region begleitet hat, wird künftig das medico-Büro in Ramallah leiten. In dieser langen Zeit habe sich das Verständnis von Gesundheit gewandelt, so Müller: „Anfangs hat sich auch medico auf die unmittelbar notwendige medizinische Hilfe konzentriert. Längst aber geht es in der Arbeit unserer Partner um Gesundheit als umfassendes Konzept menschenwürdiger Verhältnisse.“ Und diese Arbeit geht weiter. Auf der Reise stellte Müller den Partnern seinen Nachfolger Peter Biermann vor, der ab sofort bei medico für die Projektkoordination in der Region zuständig ist.

Spendenstichwort: Mittelamerika

Winter in Kairo

Ägypten: Der arabische Frühling ist vorbei. Das zeigt sich in einer neuen Welle staatlicher Gewalt

Von Markus Bickel

Allein die Aufzählung der jüngsten Folterfälle könnte ihr die Sprache verschlagen. Doch Aida Seif El Dawla erzählt immer weiter, Detail um Detail, macht bei ihrer Beschreibung auch nicht Halt vor Peitschenhieben in Polizeiwachen, vor Stockschlägen und Elektroschocks. „So schlimm war es selbst unter Husni Mubarak nicht“, sagt die resolute Geschäftsführerin des Nadeem Center for the Rehabilitation of Victims of Violence and Torture in ihrer Wohnung im Kairoer Mittelstandsbezirk Mohandeseen. „Was in den letzten zwei Jahren in Ägypten tagtäglich an Gewalttaten passiert, hat eine ganz neue Qualität“, konstatiert die 61-jährige Psychiaterin, deren kleine Nichtregierungsorganisation seit mehr als zwei Jahrzehnten Folteropfer betreut, darunter mehr und mehr politische Aktivisten. „Es ist der reine Horror.“

Human Rights Watch geht von 40.000 politischen Gefangenen aus, die seit dem Sturz des ersten frei gewählten Präsidenten Muhammad Mursi im Sommer 2013 hinter Gittern gelandet sind. Hinzu kommt eine extralegale Verhaftungswelle, die an die düstersten Zeiten latein-amerikanischer Militärdiktaturen erinnert: Mindestens 163 Studenten – Muslimbrüder ebenso wie Demokratieaktivisten – sind nach Angaben der ägyptischen Menschenrechtsorganisation Freedom for the Brave allein im Frühjahr dieses



Mohamed El-Qorany, ermordet unter der Mursi-Präsidentschaft, hält das Bild von Mohamed el-Gendi, der nach einem mysteriösen Autounfall starb. Sein Bild trägt die Frage: „Wer kommt dann?“.

Jahres verschwunden. Die Dunkelziffer dürfte weit höher liegen, weil sich viele Familien nicht trauen, an die Öffentlichkeit zu gehen. Von den paar Dutzend Entführten, die inzwischen wieder

aus der Haft entlassen wurden, berichteten viele von Folter in den überfüllten Haftanstalten der korrupten ägyptischen Polizei.

Angst macht Schweigen

Um sie kümmern sich Dawla und ihr kleines Team an Ärzten und Psychologen in der Klinik, die das Nadeem Center seit Mitte der 1990er Jahre betreibt. Die seelische und physische Genesung der Opfer steht an erster Stelle – den Patienten ist freigestellt, ob sie ihre Fälle öffentlich machen. „Manchmal kann das die Heilung beschleunigen“, sagt Dawla, die selbst kein Blatt vor den Mund nimmt, wenn sie beschreibt, wie der Staatsapparat Folter einsetzt, um Andersdenkende zum Schweigen zu bringen. „Doch natürlich wächst dadurch auch die Gefahr, dass sie sich zur Zielscheibe machen und es erneut zu Verfolgung kommt.“ Diese freilich sei auch im Falle einer stillen Therapie nicht ausgeschlossen. Ihr Zentrum stehe jedoch dafür ein, die Betreuung auch dann fortzusetzen, wenn die Opfer abermals strafrechtlich belangt werden sollten. Ihre eigene politische Linie ist eindeutig: Nicht schocken durch drastische Bilder wolle sie, sagt die in einer Aktivistenfamilie groß gewordene Dawla, sondern „herausstellen, wie die Überlebenden uns ähneln“. Das sei etwa im Falle des 2010 von zwei Polizisten in Alexandria zu Tode geprügelten Khaled Said gelungen. Hunderttausende schlossen sich zunächst im Internet der Facebook-Kampagne „Wir sind alle Khaled Said“ an, ehe Monate nach seinem Tod der Protest auf die Straßen drang – und zur Keimzelle der Bewegung zum Sturz Mubaraks auf dem Tahrir-Platz wurde. Um die Betreuung der traumatisierten Eltern Suids kümmerten sich Therapeuten des Nadeem Center.

Für ihr soziales und menschenrechtliches Engagement ist die langjährige medico-Partnerin

Dawla mehrfach ausgezeichnet worden. Die UN-Frauenrechtsorganisation Unifem zeichnete sie bereits 2001 für ihre Arbeit aus, Human Rights Watch 2003, ehe sie im Revolutionsjahr 2011 den renommierten Alkarama-Preis gewann. 2010 zählte sie zu den vier Nominierten für den Posten des UN-Sonderberichterstatters für Folter. Wie wichtig die Arbeit des Nadeem Center auch nach der Revolution gegen Mubarak noch ist, bestätigte erst im Herbst 2014 der UN-Menschenrechtsrat: Die Folter in Ägyptens Gefängnissen sei ungebrochen, schrieb das Gremium den Gesandten des Sisi-Regimes ins Stammbuch. Seit den Tagen Mubaraks habe sich nichts geändert. Das sieht Dawla anders: Während Folter in den Anfangstagen des Nadeem Center in den 1990er Jahren in den Gefängnissen und Polizeikellern vor allem Arme traf, wird sie nun gezielt gegen politische Häftlinge eingesetzt. Ziel der von oben gedeckten Offiziere des Sicherheitsapparats sei es, „Menschen zu brechen und zu demütigen“. Zunächst habe sie noch gedacht, dass der Anstieg von Folteropfern unter Demokratieaktivisten nach dem Sturz Mubaraks abflauen würde. Doch das Gegenteil sei der Fall. Alte Menschen, Kinder und Kranke, niemand bleibe von der Gewalt in Ägyptens Gefängniszellen verschont. Zuletzt sei sogar einem an Krebs erkrankten Asthmатiker die Behandlung verwehrt worden.

Für die während ihres Studiums an der Ain-al-Shams-Universität in den 1970er Jahren politisierte Dawla das Schlimmste ist, „dass die Verantwortlichen ungestraft davonkommen“. Auch das erinnere sie an die Militärdiktaturen in Lateinamerika, wo die Straflosigkeit für die Generäle stets einherging mit grenzenloser Brutalität gegen Oppositionelle. Bereits 1984 gründete sie das New Women Research Center in Kairo, um Bewusstsein für staatliche Vergehen zu wecken – und den Mut, dagegen juristisch aufzubegehren. Ihren Kampf gegen die in Ägypten weit verbreitete Genitalverstümmelung und Verfolgung

von Frauen führt sie bis heute im Nadeem Center fort, wo misshandelten Frauen psychologische, medizinische und rechtliche Hilfe angeboten wird.

Dass am Vorabend der Revolution Hunderttausende ihre Solidarität mit dem zu Tode geprügelten Khaled Said in Alexandria bekundeten, machte ihr zunächst Hoffnung auf einen anhaltenden Bewusstseinswandel – und eine gesellschaftliche Ächtung der von ihr als „Staatspolitik“ beschriebenen Folter. Doch diese zerschlug sich schnell: Der autoritären Herrschaft Mubaraks folgte die harte Knute der Generäle des Hohen Militärrats (Scaf) – und dann das kurze Amtsjahr des Muslimbruders Mursi. Besonders niederschmetternd empfindet sie, dass das zu dessen Sturz geschmiedete Bündnis vieler Angehöriger der Revolutionsjugend von 2011 mit Armee, Geheimdiensten und Gesinnungsjustiz Menschenrechtsverletzungen gegen Islamisten billigend in Kauf nimmt. „Diejenigen, die vor zwei Jahren gegen die mangelnde Demokratie unter den Muslimbrüdern auf die Straße gingen, halten nun wieder alle Schalter in Regierung und Gerichten in der Hand, um Freiheit und Menschenrechte auszuhebeln“, sagt sie.

Militärputsch als Zäsur

Nicht der Sturz Mubaraks markiere für sie deshalb die entscheidende Zäsur der vergangenen fünf Jahre, sondern der von Millionen unterstützte Militärputsch durch Armeechef Abd al Fattah al Sisis 2013. Seitdem der einst von Mubarak zum Militärgeheimdienstchef beförderte Feldmarschall das Sagen hat, sei der Willkür in den Gefängnissen keine Grenze mehr gesetzt, beklagt Dawla. Galt zuvor die Regel, dass prominente Häftlinge aus Angst vor einem öffentlichen Aufschrei verschont würden, so habe die mediale Gleichschaltung der Post-Mursi-Gesellschaft inzwischen das Gegenteil bewirkt:

Das gewaltsame Vorgehen gegen den bekannten Demokratieaktivisten Alaa Abd al Fattah etwa, der von Sicherheitskräften zusammengeschlagen wurde, stieß auf weite Zustimmung. Zu drei Jahren Haft verurteilte die Justiz den Sohn des berühmten Menschenrechtsanwalts Seif al Islam – wegen Verstoßes gegen das kurz nach Sisis Machtergreifung eingeführte repräsentative Versammlungsrecht. Der lange Atem, der Islams Kampf für eine gerechtere Gesellschaft bis zu seinem Tod vor einem Jahr trug, ist Dawla trotz der Schreckensnachrichten der vergangenen Jahre nicht abhandengekommen. „Die Revolution ist nicht vorbei“, sagt sie nüchtern. „Sie hat nur eine Runde verloren.“



Das Nadeem Center leistet nicht nur psychologische, medizinische und juristische Unterstützung für gefolterte politische Aktivisten, sondern auch für Frauen, denen häusliche Gewalt angetan wurde, und für afrikanische Flüchtlinge in Ägypten. Darüber hinaus dokumentiert der medico-Partner Fälle staatlicher Repression und macht diese öffentlich.

Spendenstichwort: Ägypten

Wider den Kleinmut

Ein Interview mit dem Schriftsteller Ilija Trojanow über die Angst der Macht und den Mut, eine eigene Haltung zu vertreten



Foto: Thomas Dorn

Ilija Trojanow ist Kuratoriumsmitglied der stiftung medico international.

In deinem im Herbst erschienenen Roman „Macht und Widerstand“ bilden der bulgarische Nachkriegskontext und die kommunistische Diktatur den Hintergrund für grundlegende Fragen nach der Selbstrechtfertigung der Macht und der Freiheit des Widerstands. Warum diskutierst du das angesichts totalitärer Herrschaftsverhältnisse?

Wenn ich die Artikel über VW und die Affäre Winterkorn lese, erinnert mich das sehr an die Bulgarische Kommunistische Partei, die Staatsicherheit oder andere hierarchisch durchorganisierte Strukturen. Die autoritäre Aura von Winterkorn hat eine Atmosphäre der Angst, des Stillschweigens und der fehlenden Offenheit begründet. Wir denken häufig vom Resultat her

und nicht strukturell. Massenmord und Folter in Bulgarien als Ergebnis totalitärer Herrschaft lässt sich nicht ohne Weiteres mit dem Betrug bei VW vergleichen, die Strukturen hingegen schon. Mich interessiert das Leitmotiv der Selbstrechtfertigung, ganz gleich, ob bei Mord, Korruption oder Steuerhinterziehung. Meiner Ansicht nach haben sich die meisten Täter geschminkt und diese Schminke ist zu einem neuen Gesicht geworden. Wenn sie sich im Spiegel betrachten, sind sie mit dem, was sie da sehen, einverstanden. Nach dem Motto: „war eh ok.“

Die „Banalität des Bösen“ reicht über den totalitären Kontext hinaus?

Es ist nicht banal. Diese Autosuggestion ist relativ komplex. Autoritäres findet sich auch in kleinen Strukturen wieder. Ich habe einen Streit in der Bahn zwischen einem mittelständischen Unternehmer und einem Bahnbeamten miterlebt, der darin kulminierte, dass ersterer drohte, er werde seinen Mitarbeitern verbieten, die Deutsche Bahn zu benutzen. Seine Sprache und Geste waren Ausdruck diktatorischer Strukturen, wie sie bei uns ebenfalls existieren.

Was hast du bei der Beschäftigung mit den Technokraten der Macht gelernt?

Zumindest in der literarischen Beschreibung gilt Angst als die Schwäche der Opfer, während man die Täter häufig als stark und bestialisch be-

schreibt. In Wahrheit haben die Täter mehr Angst als die Opfer. Das erklärt auch, wie ihre Herrschaft zunehmend zu einer Hybris wird. Denn sie sind niemals entspannt und souverän. Das erklärt für mich auch die immanent destruktive Grundeigenschaft von Macht. Nur ständige Kontrolle und Zertrümmerung von Macht kann uns vor der Hybris der Herrschaft retten. Zudem halte ich die Dichotomie Macht und Ohnmacht für falsch. In den vielen Gesprächen

Wenn Konstantin gegen den
Stalinismus kämpfte, können
wir wohl gegen TTIP und
Monsanto kämpfen

mit Widerstandskämpfern habe ich gelernt, dass sie sich niemals ohnmächtig fühlten. Sie hatten immer das Gefühl, dass sie einen Kampf auf Augenhöhe führen. Sie konnten nicht frei über ihr Leben verfügen. Aber sie haben mir erzählt, dass sie in der tiefsten Hölle, in der Isolationshaft, einen ultimativen Moment der Freiheit erlebt haben. Denn es gab nichts mehr, was man ihnen noch antun konnte. Indem sie noch die schlimmste Strafe aushielten, stellten sie zugleich die Macht des Gegenübers infrage. Darüber lohnt es sich nachzudenken. Denn wir werden auch in einer sogenannten Demokratie zu Untertanen konditioniert. Uns wird nicht beigebracht, dem Konformitätsdruck zu widerstehen.

Welchen Sinn macht Widerstand, wenn die Aussichten zu gewinnen gleich Null sind?

Das ist eine Frage, die sich von heute aus anders beantwortet als damals. Die Sprengung der Stalinstatue, die in meinem Roman den Widerstandskämpfer Konstantin ins Gefängnis bringt, fand Anfang 1953 statt, damals hätte es ein Fanal sein können. Wenn man sich die Erinnerungskultur in Deutschland anschaut, dann

klammert sich dieses Land an Aktionen, die für die gesamte Gesellschaft akzeptabel sind: Der Widerstand der Weißen Rose. Geradezu besessen hat man die Mitglieder zu Ikonen eines anderen Deutschlands gemacht. Im Vergleich zu Konstantins Tat war die Weiße Rose relativ zahm. Den Stellvertreter Gottes auf Erden in die Luft zu sprengen, war in den Augen der Macht ein direkter Anschlag auf sie. Wie lange hingegen wurde Georg Elser und sein Attentatsversuch gegen Hitler in der deutschen Erinnerungskultur diffamiert und totgeschwiegen? Erst in den letzten Jahren hat es eine Rehabilitation von Elser gegeben. Daran wird deutlich, dass es in der Gesellschaft ein Bedürfnis gibt, zu diskutieren, was moralisch, ethisch und politisch das richtige Verhalten ist.

Hierfür hast Du mit Konstantin eine überraschende Figur gewählt – ein Widerstandskämpfer, der von Anfang an eine klare, anarchistische Position gegen die Herrschaft der Kommunistischen Partei einnimmt.

Ich habe die ganze Gulag-Literatur gelesen, da wimmelt es von Anarchisten. Das Besondere am Anarchismus ist seine ehrliche politische Haltung. Das ist eine rigorose Haltung, die den Kompromiss nicht schätzt. Der Anarchismus fordert dich auf, ein Leben unter der Annahme zu führen, dass es eine absolute Freiheit und absolute Gerechtigkeit gibt und dass man das nicht in ständigen Kompromissen wegverhandelt. Der Widerstand von Menschen wie Konstantin erhält in seiner Bedingungslosigkeit unsere Humanität am Leben. Konstantins Satz im Roman lautet: Du hast keine Überzeugung, es sei denn, du bist bereit dafür zu sterben.

Das ist vom Einzelnen viel verlangt.

Literatur ist dazu da, radikale Gegenentwürfe zu machen und nicht nur die subtilen Verwerfungen des Alltags abzubilden. Den Satz von Konstantin könnte man als monströse Überforderung des Menschen abtun. Die Frage da-



Foto: REUTERS/Alino Chelchiluri

Wie die Mächtigen fallen: Arbeiter bauen die Statue von Josef Stalin auf dem zentralen Platz seiner Heimatstadt Gori ab.

hinter ist aber doch relevant: Wie viel ist deine Überzeugung wert, wenn du dafür nichts opfern musst. Wir haben uns hier in der wohligen Überzeugung eingerichtet, dass wir human, demokratisch, freiheitlich sind. Aber wenn diese Haltung durch die Wirklichkeit geprüft wird, wenn man dafür auch einen Preis entrichten muss, ist die Ablehnung sehr groß.

Warum gelingt es der Nomenklatura auch nach der Wende an der Macht zu bleiben?

Es gibt viele Gründe. Die westlichen Mächte waren interessiert an einem stabilen Osteuropa. Sie haben alles dafür getan, um revolutionäre Ansätze zu neutralisieren. Es gab Abmachungen, dass sich die östlichen Eliten an die neuen Regeln halten würden und dafür Kontinuitäten gesichert blieben. Die an der Macht gebliebenen Eliten sind in den vergangenen 25 Jahren die besten Befehlsempfänger gewesen. Allein in Bulgarien gibt es drei US-amerikanische Basen. Wir alle haben die Traumatisierungen, die individuellen psychischen Folgen unterschätzt, so lange unter diesem System gelebt zu haben. Die ganze rebellische Energie ist verhaftet und ausgelöscht worden. Das ist

mein Thema im Roman. Nicht erst unter der kommunistischen Herrschaft, sondern bereits im Faschismus. Viele Anarchisten und Trotzkisten waren vor und nach dem Krieg im Gefängnis. Das findet man in ganz Osteuropa. Eine Tabula rasa des Eigensinns. Außerdem schläfern die rhetorischen Zauberformeln ein, die lauten: Ab 1989 gibt es in Osteuropa Demokratie. Wir leben aber nicht in einer magischen Welt, sondern in einer globalisierten Wirtschaft, die harte ökonomische Fakten setzt. Solche Selbstbeschwörungen bringen überhaupt nichts. Ständig wird außerdem von Rechtsstaat gesprochen. Aber wie kann es einen Rechtsstaat geben, wenn die Verbrechen der Vergangenheit nicht gesühnt wurden?

Kann die EU dabei helfen, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit in Osteuropa zu stärken?

In Bulgarien treffe ich ständig auf diese Hoffnung. Doch wer auf die EU setzt, der hat die letzten 25 Jahre verschlafen. Die EU hat die ganze verbrecherische Elite in Bulgarien geschützt. Ich war zu Beginn der 1990er Jahre dort, als der damalige EU-Außenkommissar eine Pressekonferenz gab. Er erklärte, dass

Bulgarien auf einem guten Weg sei und nur noch kleine Probleme vorhanden wären. Dabei waren Nepotismus und völlig fehlende Rechtsstaatlichkeit für jedermann sichtbar. Wenn die EU einer verbrecherischen Elite und Oligarchie einen Persilschein ausstellt, dann ist die EU mitschuldig und keinesfalls ein Garant für Rechtsstaatlichkeit. Von dieser EU kann man nichts erwarten.

Was können diejenigen, für die sich die Frage des Widerstands stellt, aus der Betrachtung von Macht und Widerstand im bulgarischen historischen Kontext lernen?

Bulgarien ist nur vordergründig der Schauplatz. Ich habe mich für diesen Roman mit Menschen beschäftigt, die sich für eine radikale Form des Widerstands entschieden haben. Ich habe dabei gelernt, meine eigene verwöhnte Kleinmütigkeit infrage zu stellen. Wir sind umgeben von Menschen, die erzählen, dass es keinen Sinn hat, sich zu engagieren, weil sich nichts ändern lässt. So klingen die Phrasen der Apathie: Beim Klimawandel ist es ohnehin schon zu spät. Auf große Konzerne haben wir sowieso keinen Einfluss. Die Macht gibt es nicht usw. Solche Sätze legitimieren die eigene Inaktivität und kommen aus dem Schminkkoffer der Selbstrechtfertigung. Wenn Konstantin zu dem Schluss kommt, er könne gegen den Stalinismus kämpfen, können wir wohl gegen TTIP und Monsanto kämpfen.

Vielleicht ist auch der Kampf gegen TTIP und Monsanto mit persönlichen Risiken behaftet?

Da komme ich auf den Satz zurück, dass man für Überzeugungen auch Opferbereitschaft aufbringen muss. Wir müssen uns wohl ein wenig selbst überfordern, wenn wir nicht als Generation in die Geschichte eingehen wollen, die an entscheidenden Wendepunkten versagt hat, an denen die Katastrophe noch aufzuhalten gewesen wäre.

Interview: Katja Maurer

DIE STIFTUNG BAUT EIN HAUS

Wie kann, soll und darf die stiftung medico international ihr Vermögen anlegen? Diese Frage beschäftigt die Stiftung seit ihrer Gründung. Da nur die Erträge aus ihrem Vermögen für die Arbeit verwendet werden können, waren bei den Anlageentscheidungen auch Vorgaben wie Werthaltigkeit und Rentabilität zu beachten. Allerdings nicht um jeden Preis. So hat der Vorstand mit der Formulierung von ethisch-nachhaltigen Anlagekriterien festgelegt, dass mit dem Stiftungsvermögen nicht indirekt auch Unternehmen gefördert werden können, die den Interessen von medico entgegenstehen.

Insgeheim hat die medico-Stiftung aber von Anfang an mit einer Anlageoption jenseits des fragwürdigen Finanzsektors geliebäugelt: mit der Option, das Stiftungskapital in einer Immobilie anzulegen, die von medico selbst genutzt wird. Eben diese Idee ist in diesem Herbst Wirklichkeit geworden: Die Stiftung hat im Frankfurter Osten ein Grundstück erworben und wird auf diesem ein Gebäude errichten, das Verein und Stiftung künftig ein festes Zuhause geben und ihre Unabhängigkeit absichern wird. Und nicht nur das: Stand heute werden neben kulturellen Organisationen auch Vereine aus dem Bereich der Flüchtlingshilfe das 2017 fertiggestellte Gebäude nutzen. So soll ein Zentrum entstehen, das in seiner Gesamtheit wie medico der Idee einer solidarischen Welt verpflichtet ist. In einer Stadt, die wie Frankfurt fast schon monokulturell auf das Monetäre ausgerichtet ist, sorgt das für ein praktisches Gegengewicht.

Die Stiftung ist auf weitere Unterstützung angewiesen. Wie man sich engagieren kann unter: www.stiftung-medico.de

medico aktiv

Frankfurt im Bunker

Solidaritätsaktion mit syrischen Schülern

„Integration in Frankfurt – Vielfalt im Stadtteil“ war der Informationsabend für Frankfurter Bürgerinnen und Bürger überschrieben, der Ende Oktober 2015 in der Aula der Integrierten Gesamtschule IGS Nordend in Frankfurt stattfand. Doch der Weg in die Aula im vierten Obergeschoss war versperrt. Die Besucherinnen und Besucher mussten erst in den Keller. Geleitet von Schildern wie „Wegen Bombenangriffen muss der Unterricht im Keller stattfinden“ und Warnungen auf dem Boden wie „Ruhe bewahren“ oder „Ducken“. Im Keller kamen sie dann an Schülerinnen und Schülern vorbei, die zwischen Heizungsrohren und Kopiergerät über ihre Hefte gebeugt an Pulten saßen. Am Ende des Ganges nahm Lehrer Florian Neukirchen die irritierten Besucherinnen und Besucher mit einem Infoblatt in Empfang und erklärte ihnen, dass die Schülerinnen und Schüler auf die Situation der Kinder im syrischen Erbin aufmerksam machen wollen. In



der belagerten Stadt nahe Damaskus wurde der Unterricht aus Angst vor Fassbombenangriffen tatsächlich in Kellerräume verlegt. Damit der Schulalltag inmitten des Krieges weitergehen kann, sind die freien Schulen in Erbin auf Spenden angewiesen. Lehrer Neukirchen, der die Arbeitsgruppe „IG Südend“ an der IGS Nordend leitet, zur Schüleridee: „Die Aktion haben sich die Schüler spontan selbst ausgedacht. Ich hatte ihnen von medico und der Crowdfunding-Aktion für die Schulen in Erbin erzählt. Ja, und dann steht man plötzlich als Lehrer da und muss was sagen. Wir würden gerne Patenschaften für Kollegen und Kolleginnen in Syrien übernehmen und die freien Schulen in Erbin mit einer Art Schulpartnerschaft unterstützen.“

Zum Crowdfunding: www.startnext.de/erbin

Willkommenstheater

München: Flüchtlingsprotest auf der Bühne

Das Munich Welcome Theatre, das im Oktober 2015 in den Münchner Kammerspielen auf sämtlichen Bühnen und Hinterbühnen stattfand, gab den Themen Flucht und Ankunft und den damit verbundenen Menschen einen Raum, sich zu äußern und zu inszenieren. Rund 1.000 Besucherinnen und Besucher ließen sich darauf ein. Die Eröffnungsrede hielt Ousmane Diarra vom langjährigen medico-Partner AME aus Mali. Die Selbstorganisation von Flüchtlingen, wie sie die AME betreibt, gibt es mittlerweile auch in Deutschland. So fand am Eröffnungsabend eine von medico unterstützte Diskussionsrunde zum Thema „Refugee Protest“ statt, bei der Vertreterinnen und Vertreter von fünf Refugee-Selbstorganisationen aus Deutschland zu Wort kamen.

Nirgendwo, nichts

Zwischen Kabul und Berlin: Eine kafkaeske Geschichte

Eigentlich sollten im November 2015 zwei Mitarbeiter unserer Partnerorganisation Afghanistan Human Rights and Democracy Organisation (AHRDO) auf mehreren Veranstaltungen in Deutschland über den mutigen Kampf um Demokratie und Menschenrecht berichten, den sie tagtäglich in Kabul, Kandahar und Bamiyan führen. Was fehlte, waren Visa. Eigentlich kein Problem. Als wir der Botschaft im August die Einladungsschreiben übersandten, erfuhren wir, dass die Botschaft „wegen Renovierung“ bis November ihre Konsularabteilung geschlossen hatte. In Kabul war über Tage hinweg niemand für uns zu sprechen, weder die Sachbearbeiter Kramer und Doretzki noch Botschafter Markus Potzel. Wir schickten um-

„Wir wehren uns dagegen, zu Menschen zweiter Klasse gemacht zu werden“, erklärte Newroz Duman von „Jugendliche ohne Grenzen“. Im Kontrast zu ihrer zuversichtlichen Position waren Kenan Emini vom „Netzwerk Alle bleiben!“ und dem „Bund Roma Verband“ die Rückschläge anzumerken, die alle derzeit verdauen müssen, die sich für die Rechte von Roma einsetzen. „Dass Menschen vom Balkan wieder in Lager gezwungen werden, ist unerträglich“, kommentierte er die Abschiebelager für Roma und andere Flüchtlinge vom Balkan in Deutschland. Auf die Frage nach Möglichkeiten, Flüchtlingen in Deutschland zu helfen, antwortete Rex Osa von „The Voice“ mit deutlicher Zurückweisung einer Hilfe, die Helfer und Hilfspfänger in einem hierarchischen Verhältnis belässt: „Verabschiedet Euch von Euren Privilegien. Wir wollen keine Hilfe. Wir wollen Solidarität.“

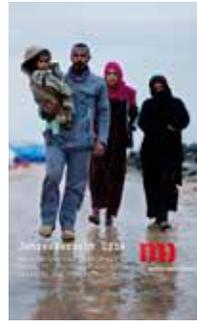
gehend Faxe und Emails, Angaben zu Person und Reisezweck ebenso wie die Versicherung, alle Kosten von Reise und Aufenthalt zu übernehmen. Nichts. Dann ein Antwortmail: „Die Botschaft in Teheran bleibt bis November geschlossen, Visabearbeitung unmöglich.“ Wieso Teheran? Wir fragten doch nach Kabul. Ratlos wandten wir uns ans Auswärtige Amt in Berlin – das sei Sache der Botschaft, man wisse nichts und werde da auch nichts tun. Die afghanischen Aktivisten könnten, so sagte man uns schließlich, ins pakistanische Lahore fahren, um bei der dortigen deutschen Botschaft um Visa nachzusuchen – auf eigenes Risiko. Von Kabul nach Lahore sind es vier Flugstunden und man braucht – ein Visum! Deutsche Behörden verhindern offenbar gezielt die Visaerteilung für Afghanen. Afghanistan, so heißt es jetzt aus Berlin, ist ein sicheres Herkunftsland. Und keiner darf mehr raus.



1



2



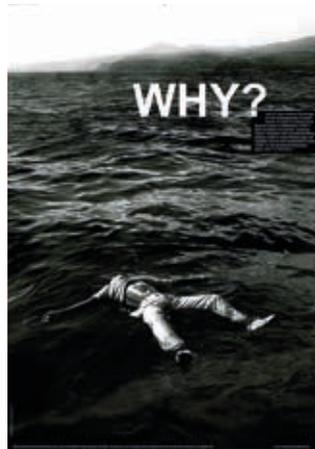
3



4



5



6



7

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

Sie finden hier eine Auswahl der Materialien, die medico mit viel Sorgfalt erstellt und zu Informations- und Bildungszwecken kostenfrei (mit einigen gekennzeichneten Ausnahmen) zur Verfügung stellt. Sie helfen medico und den Projektpartnern sehr, wenn Sie zur Weiterverbreitung dieser Materialien beitragen! Machen Sie Freunde, Bekannte, Arbeitskollegen auf das rundschreiben-Abonnement, die medico-Stichworte, die Kampagnenflyer aufmerksam!

Die vollständige Liste unserer Materialien steht im Internet bereit: Unter www.medico.de/material finden Sie die hier abgebildeten und alle weiteren Publikationen zum Bestellen oder Herunterladen. **Für Nachfragen stehen wir Ihnen gerne unter Tel. [069] 944 38-0 zur Verfügung.**

Materialliste:**1 Stiftung medico international**

[28 S.] Übersicht über Ziele, Satzung, Struktur und steuerliche Aspekte der stiftung medico international.

2 Wissenswertes zu Testament und Erbschaft

[24 S.] Wenn Sie medico testamentarisch berücksichtigen möchten, bietet die Broschüre Informationen zu rechtlichen und steuerlichen Fragen inklusive weiterführender Adressen.

3 medico-Jahresbericht 2014

[44 S.] Projekte, Netzwerke, Aktionen, Kampagnen: der Gesamtüberblick mit Grundsätzen und Finanzbericht

4 Hilfe im Handgemenge

[Faltblatt] Partnerschaft braucht Solidarität: medico international kurz vorgestellt – mit Projektbeispielen aus Israel/Palästina, Guatemala, Simbabwe, Somalia, Südasien und Zentralamerika. Auch zum Weiterverteilen.

5 Das Recht zu bleiben, das Recht zu gehen

DIN A1-Plakat zum Thema Flucht und Migration. Entgegen der fortlaufenden Entrechtung der Flüchtenden wollen wir die Intrechtsetzung der durch Krieg und Armut Bedrohten mit diesem Plakat deutlich machen. Mitgefühl ist ein Anfang, die Durchsetzung universeller Menschenrechte das Ziel. In DIN A2 auch in Englisch, Spanisch, Französisch und Arabisch erhältlich. Dazu gibt es einen deutschsprachigen Flyer mit medico-Projektbeispielen.

6 WHY? Jahr für Jahr sterben Flüchtlinge an den Außengrenzen Europas

[DIN A1] Das Plakat können Sie kostenlos bei uns bestellen. Damit es unversehrt bei Ihnen ankommt, verschicken wir es in einer Plakatrolle. Weil dadurch die Versandkosten sehr hoch sind (7,40 €), würden wir uns über eine Spende sehr freuen. Spendenstichwort: Migration

7 Umkämpfte Psyche

[Faltblatt] In Zeiten des globalen Kapitalismus gerät die therapeutische und psychosoziale Arbeit unter den Druck von Standardisierung und Effizienzdenken. Eine Handreichung zu einer anderen emanzipatorischen Haltung und Praxis. Natürlich kostenlos.

Ohne Abb. medico-Kampagne Tödliche Textilfabriken

Solidarisieren Sie sich! Gemeinsam mit den großen deutschen Gewerkschaften ruft medico zu Solidarität mit den Arbeiterinnen und Arbeitern der globalisierten Textilindustrie und ihren Familien auf: Für die Finanzierung eines Opferfonds, für die Unterstützung der Klage und für den Ankauf eines Gewerkschaftshauses in Karatschi. Bestellen Sie jetzt den Flyer um die konkrete Unterstützung, die medico leistet, bekannt zu machen.

Ich bestelle:

_____ Broschüre: stiftung medico international
 _____ Broschüre zu Testament und Erbschaft
 _____ medico-Jahresbericht 2014
 _____ Faltblatt: Hilfe im Handgemenge
 _____ DIN A1 Plakat: Für das Recht zu bleiben
 _____ Faltblatt: Für das Recht zu bleiben
 _____ DIN A1 Plakat: WHY?
 _____ Faltblatt: Umkämpfte Psyche
 _____ Kampagnenflyer Tödliche Textilfabriken
 _____ Abonnement medico-Rundschreiben
vier Hefte/Jahr

Anzahl

Name

Straße

Ort

Meine Spendennummer

Ich möchte:

- kostenlose Materialien bestellen**
 dass einmalig für diese Bestellung eine Spende in Höhe von _____ € von meinem Bankkonto abgebucht wird.

IBAN/KTO

BANK

BIC/BLZ

Datum

Unterschrift

Bitte einsenden an
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
oder faxen an [069] 43 60 02

Spendeninformation

Die Hilfe, die medico im weltweiten Handgemenge leistet, braucht Ihr Hinsehen, Ihr Verstehen und Ihre Zuwendung. Für die Förderung von Projekten und unserer kritischen Öffentlichkeits- und Kampagnenarbeit sind wir auch auf Ihr finanzielles Engagement angewiesen.

Spenden und Schenken – Sie können die Arbeit von medico durch Spenden unterstützen. Freie Spenden ohne Stichwort sind für medico besonders wichtig, da wir und unsere Projektpartner hierdurch unabhängig arbeiten und flexibel auf akute bzw. von den Medien wenig beachtete Not- und Krisensituationen reagieren können. Sie können Ihre Spende auch mit einem bestimmten Projektland oder Thema als Stichwort versehen. Dann verwenden wir Ihren Beitrag ausschließlich für entsprechende Projekte. Nutzen Sie auch Anlässe wie Geburtstage, Hochzeiten und andere Feste und unterstützen Sie medico! Sie können selbst eine Spende verschenken oder sich Spenden statt Geschenken wünschen.

Fördermitgliedschaft – Die regelmäßigen Beiträge unserer Fördermitglieder ermöglichen medico, lang-

fristige und verbindliche Projektkooperationen einzugehen und sichern die Unabhängigkeit unserer Arbeit. Der jährliche Förderbeitrag liegt bei mindestens 120 Euro, für Menschen mit wenig Geld bei 60 Euro.

Spendenquittung – medico international ist als gemeinnütziger Verein anerkannt, daher ist Ihre Spende steuerlich absetzbar. Für Spenden ab 50 Euro schicken wir Ihnen eine Spendenbescheinigung. Haben Sie mehr als einmal im Jahr gespendet oder spenden Sie regelmäßig, senden wir Ihnen zu Beginn des Folgejahres eine Jahresspendenbescheinigung zu.

Spendenkonto – medico international, Spendenkonto 1800, Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, BIC: HELADEF1822, IBAN: DE21 5005 0201 0000 0018 00



Zustiftungen – Die stiftung medico international fördert aus den Erträgen ihres Vermögens Projekte von medico. Von der Zustiftung bis zum Darlehen: Es gibt verschiedene Formen, zum Stiftungsvermögen beizutragen und Geld solidarisch einzusetzen.

Haben Sie Fragen? Wir helfen gerne weiter.

Marek Arlt und Hendrik Specken

Allgemeine Anfragen, auch Beratung zur Fördermitgliedschaft und Spenden zu einem Jubiläum, Geburtstag, Trauerfall o.ä.
Tel.: [069] 944 38-0 | E-Mail: info@medico.de

Gudrun Kortas

Beratung zu Spendenaktionen für einzelne Projekte, Zustiftungen oder Testamentsspenden,
Tel.: [069] 944 38-28 | E-Mail: kortas@medico.de

Eine Bitte: Informieren Sie uns, wenn sich Ihre Adresse oder Bankverbindung ändert, unter Nennung Ihrer alten Anschrift. So bleiben wir in Verbindung.

Vielen Dank, dass Sie unsere Arbeit mit Ihrer Solidarität unterstützen.

www.medico.de/spenden

Impressum

Herausgeber:
medico international
Burgstraße 106
D-60389 Frankfurt am Main
Tel. [069] 944 38-0, Fax [069] 436002
E-Mail: info@medico.de
Homepage: www.medico.de

Redaktion: Katja Maurer (verantwortl.),
Thomas Gebauer, Martin Glasenapp, Christian Sälzer
Korrektorat: Marek Arlt
Gestaltung und Satz: Andrea Schuldt

Hinweis: Das medico-rundschreiben ist auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.

ISSN 0949-0876

AUSSTELLUNG

back to rojava

Die Geschichte hat bewiesen, dass sich jede wirkliche Demokratie immer auch aus der Möglichkeit ihrer selbst begründet, aus ihrer besonderen Differenz und Andersartigkeit zu der Gewalt, der sie entgegentritt.

Rojava in Syrien: Flucht vor dem Krieg, Rückkehr ins befreite Kobane und der kurdische Mut für einen Aufbruch aus Ruinen. Eine Fotoausstellung in 25 Motiven (A0/A1, farbig u. sw) mit Bildern von Mark Mühlhaus.

JETZT ERHÄLTlich. Informationen unter: info@medico.de und 069 944 38-0

In Kooperation mit *attention* photographers, Civaka Azad, Rosa-Luxemburg-Stiftung

ANKÜNDIGUNG

Wer hat welche Rechte?

TTIP, Austerität und Lobbyismus: Die globale Aushöhlung des Rechts auf Gesundheit

Das Menschenrecht auf Gesundheit ist Bestandteil der UN-Menschenrechts-erklärung. Doch die Verletzung des Rechts auf körperliche und seelische Unversehrtheit gehört zum bitteren Alltag von Millionen Menschen. Die *medico*-Workshops beschäftigen sich deshalb mit den Themen:

Freihandel: Welche Folgen haben TTIP oder TISA für Gesundheit?

Schwarze Null: Die europäische Austeritätspolitik in Südeuropa am Beispiel des Gesundheitswesens.

Meinungshändler: Welche Rolle spielen Lobbyisten des Gesundheitsbusiness?

Mit Gästen u.a. aus Spanien, Griechenland, Südafrika

medico-
Workshops
auf dem
21. Kongress
„Armut und
Gesundheit“,
Berlin

Save the Date:

18. März
2016

Für das Recht
zu bleiben
Für das Recht
zu gehen

Plakat bestellen:
www.medico.de



Hier wie dort

Humanitäre Nothilfe, medizinische Versorgung, psychologischer Beistand und Rechtsberatung für Flüchtlinge unterwegs, in Herkunfts- wie Transitländern, bei uns, in Netzwerken der Solidarität. Denn es gibt ein Recht auf ein Leben in Würde. Überall.

www.medico.de



medico international

Spendenstichwort: Flüchtlingshilfe | IBAN: DE21 5605 0201 0000 0018 00 | BIC: MELADEF1822